



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 5

Mai 1965

Grafik des Monats: Bevölkerungsveränderung in den Ämtern

Aufsätze: 300 Jahre Universität
Wirtschaftsräumliche Gliederungen
Krankenstand 1949 bis 1964

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

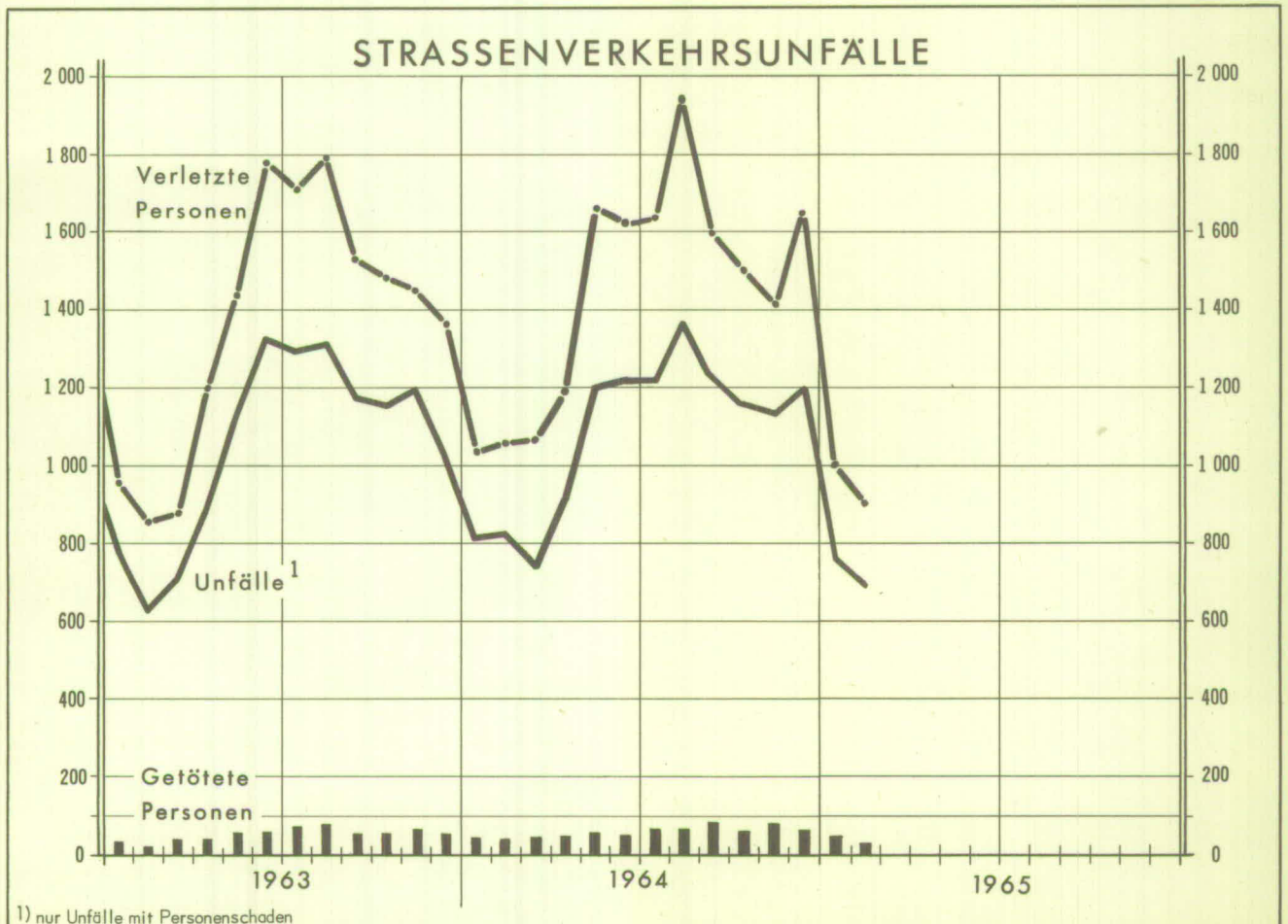
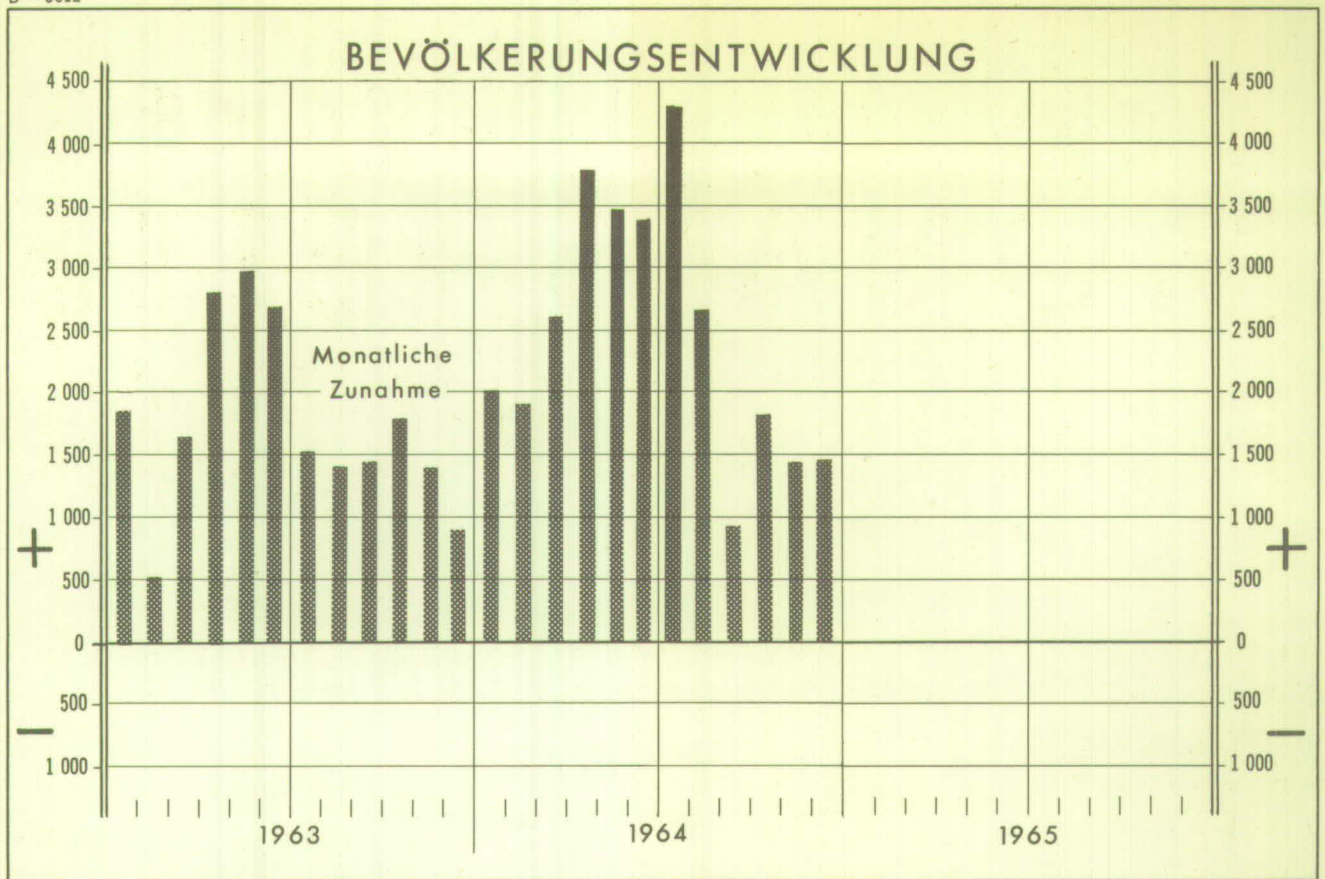
ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E



I N H A L T

5/65

Aktuelle Auslese	97
Aus dem Inhalt	98
Aufsätze	
300 Jahre Universität in Kiel	99-103
Wirtschaftsräumliche Gliederungen Schleswig-Holsteins	103-116
Der Krankenstand von 1949 bis 1964	116-120
Grafik des Monats	108-109
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A - allgemein -	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf Seite 2 und 3 dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 12/1964

Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen
Strukturdaten Landwirtschaft
Krankenpflegepersonal 1963
Wasser und Abwasser
Vermögensmillionäre
Turnen und Sport

Heft 1/1965

Kraftfahrzeugsteuer 1964
Sterbefälle und Todesursachen
Mechanisierung Landwirtschaft
Ausfuhr 1962 und 1963
Preise für Speisen und Getränke

Heft 2/1965

Bruttoinlandsprodukt der Kreise
Veranlagte Einkommen 1961
Bauhauptgewerbe 1964
Fremdenverkehr 1963 und 1964
Erwerbspersonen am Arbeitsort
Vermögensbildung der Arbeitnehmer

Heft 3/1965

Landeshaushalt 1965
Straffälligkeit 1963
Baulandmarkt
Personalstruktur Gewerbe

Heft 4/1965

Schülerbewegung in den Volksschulen
Milcherzeugung und -verwendung
Güterverkehr Wasser 1963
Einkünfte der freien Berufe
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 5

Mai 1965

Aktuelle Auslese



2,41 Millionen Einwohner

Die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins hat im Jahre 1964 um fast 29 800 Personen zugenommen: 45 200 Kinder wurden geboren und 28 100 Einwohner starben, so daß sich ein Geburtenüberschuß von 17 100 Personen ergibt. Weiterhin wurden 86 900 Zugezogene und 74 300 Fortgezogene gezählt, was einen Wanderungsgewinn von 12 700 Personen bedeutet. Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinn bewirkten, daß Ende 1964 2 405 500 Einwohner im Lande wohnten.

Steigende Geburtenziffer

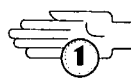
Im Jahre 1964 wurden in Schleswig-Holstein 45 226 Kinder geboren, fast 13 400 mehr als 1955. Die allgemeine Geburtenziffer (Lebendgeborene je 1 000 Einwohner) entwickelte sich im letzten Jahrzehnt wie folgt:

1955	14,0	1960	16,4
1956	14,3	1961	17,4
1957	15,0	1962	17,6
1958	15,2	1963	18,4
1959	16,1	1964	18,9



5 600 Industriebeschäftigte
mehr als vor einem Jahr

Ende Februar 1965 hatte die schleswig-holsteinische Industrie 176 000 Beschäftigte, 5 600 mehr als Ende Februar 1964. Das entspricht einer Zunahme von 3,3 %.



3 Milliarden DM Steuern

Im Jahre 1964 belief sich das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein auf 3 Milliarden DM. Davon entfielen auf die Landessteuern 856 Millionen DM, auf die Bundessteuern 1 748 Millionen DM und auf die Gemeindesteuern 406 Millionen DM. Die Landessteuern erhöhten sich gegenüber 1963 um 8 %, die Bundessteuern um 6 % und die Gemeindesteuern um 7 %.

Mit einer Einnahme von 358 DM je Einwohner an Landessteuern blieb Schleswig-Holstein 1964 um 33 % unter dem Bundesdurchschnitt (531 DM je Einwohner). Bei den Bundessteuern lag Schleswig-Holstein mit 730 DM je Einwohner um 22 % unter dem Bundesdurchschnitt (936 DM je Einwohner).



Fast 350 000 Pkw in Schleswig-Holstein

Der Bestand an Personenkraftwagen in Schleswig-Holstein, der Anfang 1964 308 000 betragen hatte, erhöhte sich bis Anfang 1965 auf 348 000, also um 13 %. Seit Mitte 1964 ist die Zahl um 5 % gestiegen. Die entsprechenden Zuwachsraten im Bundesdurchschnitt betrugen 12 % und 5 %.

Frauen am Steuer

Nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes entfielen von allen 1963 in Schleswig-Holstein ausgegebenen Führerscheinen 22 % auf Frauen. Im Bundesdurchschnitt waren die Frauen mit 24 % beteiligt. Im Jahre 1950 hat der Anteil der Frauen an den erteilten Führerscheinen im Bundesgebiet 5 % betragen.

Aus dem Inhalt

300 Jahre Universität

Seite 99

Die Universität in Kiel, die 1665 gegründet wurde, begann ihren Lehrbetrieb mit 140 Studenten. Im ersten Jahrhundert ihres Bestehens ist sie über 150 Studenten je Semester nicht hinausgekommen. Im zweiten Jahrhundert erreicht sie nach Überwindung von Zeiten der Stagnation und des Rückgangs in einigen Semestern über 300 Studenten. Obgleich es auch im dritten Jahrhundert immer wieder zeitbedingte Rückschläge gab, z. B. in den Kriegsjahren, ist die Aufwärtsentwicklung der Universität seit 1880 nicht mehr aufzuhalten. Im Sommer 1961 wird die Kieler Universität zum ersten Mal von mehr als 6 000 Studenten und drei Jahre später bereits von 6 400 Studenten besucht.

Die Kieler Universität begann nach dem Muster anderer Universitäten mit vier Fakultäten. Heute hat die Universität sechs Fakultäten, von denen in den letzten Semestern vier, nämlich die philosophische, die mathematisch-naturwissenschaftliche, die medizinische und die rechts- und staatswissenschaftliche über 1 000 Studenten hatten. Die theologische und die landwirtschaftliche Fakultät hatten jeweils gut 100 Studenten.

Bis 1908 war den Frauen das Studium an preußischen Universitäten verschlossen. Im Sommer 1964 hatte die Kieler Universität fast 1 700 Studentinnen, das waren 26 % aller Studierenden.

Die ersten Angaben über ausländische Studenten liegen für das Wintersemester 1886 vor. Damals studierten 15 Ausländer in Kiel. Heute hält sich die Zahl der ausländischen Studenten zwischen 400 und 500 je Semester.

Von den Vätern der deutschen Studierenden hatte 1886 jeder 5., 1927 jeder 4. und 1962 nicht ganz jeder 2. eine abgeschlossene Hochschulausbildung aufzuweisen. Der Anteil der Studenten, deren Väter Arbeiter sind, erhöhte sich von 0,2 % (1886) bis auf 3 % (1962).

Der Lehrkörper der Kieler Universität bestand 1768, also zur Zeit des größten Niedergangs, aus 15 Mitgliedern, und zwar aus 11 ordentlichen und 3 außerordentlichen Professoren sowie einem Dozenten. 1960 hatte die Universität 99 o. und a. o. Professoren, 158 apl. Professoren und Dozenten sowie 328 sonstige Lehrpersonen und Assistenten.

Wirtschaftsräumliche Gliederungen S.103

Die bisher benutzten räumlichen Gliederungen sind nur durch Verwaltungsgrenzen bestimmt und werden dadurch nicht immer den wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht. Die in dem vorliegenden Aufsatz beschriebenen Gliederungen für Schleswig-Holstein weichen in der Wahl und der Verwendung der Merkmale erheblich voneinander ab, so daß sich ganz verschiedene Einheiten ergeben.

Isenberg benutzt in seiner Gliederung den Besatz mit Industriebeschäftigten als erstes Merkmal für die Kennzeichnung eines Gebietes. Er richtet außerdem sein besonderes Augenmerk auf die Bevölkerungsdichte, um die "Ballungszonen" herauszuheben. Neundörfer bezieht seine Aussagen auf gleich große Bevölkerungsgruppen. In Anlehnung an bestehende administrative Grenzen faßt er kleine Bezirke zu Regionen zusammen, die untereinander

der verglichen werden können. Er setzt dabei voraus, daß das soziale Klima einer Region dadurch bestimmt wird, wie die meisten Menschen ihren Lebensunterhalt gewinnen. Schlier bezieht sich in seinem Gliederungsentwurf auf die strukturelle Beschaffenheit der einzelnen Gebiete. Als Merkmale hierfür dienen die Bevölkerungsdichte, der Siedlungscharakter sowie der strukturelle Aufbau von Landwirtschaft, Industrie und Verkehr. Der Gliederung von Otremba werden wie bei Schlier hauptsächlich strukturelle Gesichtspunkte zugrunde gelegt. Wenn jedoch auf engerem Raum funktionale Verflechtungen von besonderer Bedeutung sind und die Wirtschaft entscheidend bestimmen (z. B. Berufspendlerbeziehungen), werden sie für die Festlegung der Einheiten berücksichtigt. Zusammenfassend ist festzustellen, daß in den vier Gliederungen die Merkmale hauptsächlich aus dem raumgebundenen, strukturellen Bereich der Wirtschaft genommen werden. Aus dem raumüberwindenden, funktionalen Bereich werden nur die Pendlerbeziehungen einbezogen.

Im weiteren Verlauf des Aufsatzes werden dann die von Otremba für Schleswig-Holstein ausgegliederten Einheiten (Nordfriesische Bäderinseln, Schleswig-Holsteinische Marsch, Geest usw.) näher betrachtet. Ferner wird untersucht, wie die vier genannten Autoren die "Ballungsräume" (Raum Hamburg, Raum Kiel - Neumünster usw.) in Schleswig-Holstein abgegrenzt und ausgewiesen haben.

Krankenstand 1949-1964

Seite 116

Die Unterlagen der landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins ermöglichen es, die Entwicklung des Krankenstandes über 15 Jahre hin, also von der Währungsreform ab, aufzuzeigen. Der Krankenstand ist zunächst zwischen 1949 und 1952 gleichmäßig niedrig geblieben. Er ist dann bis 1961 stetig angestiegen und seit 1962 wieder abgesunken. Welche tieferen Ursachen diese Entwicklung ausgelöst haben, läßt sich statistisch nicht erklären.

Im Anschluß an die Gesetzgebung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle von 1957 und 1961 ist behauptet worden, daß sie die Entwicklung des Krankenstandes ungünstig beeinflußt habe. Da die Statistik die Ursachen der Auf- und Abwärtsentwicklung des Krankenstandes nicht erkennen läßt, wurde versucht, aus einem Vergleich der Arbeiter und Angestellten Schlüsse auf das Vorhandensein besonderer krankmeldungs-fördernder Umstände bei den Arbeitern zu ziehen. Dabei ergaben sich zwei Fakten: 1. Der Krankenstand der Arbeiter liegt stets über dem der Angestellten, 2. er hat von 1952 bis 1961 stärker als der der Angestellten zugenommen. Das erste Faktum ist leicht zu erklären. In der Statistik werden nur die vom Arzt bescheinigten Krankmeldungen gezählt. Da nun die Angestellten, aber nicht die Arbeiter bis zu drei Tagen krank sein können, ohne eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen, schlagen eine ganze Reihe von Ausfällen bei den Angestellten statistisch nicht zu Buch. Das zweite Faktum beruht auf unbekannten Ursachen. Es konnte aber festgestellt werden, daß der Trend der Überhöhung des Krankenstandes der Arbeiter bereits 1952 eingesetzt hat. Die Ursache des Anstiegs kann daher nicht allein in den sozialpolitischen Maßnahmen der Jahre 1957 und 1961 gelegen haben.

300 Jahre Universität in Kiel

Die Universität in Kiel wurde 1665 von Herzog Christian Albrecht von Gottorf gegründet. Im Wintersemester 1665¹ hatten sich 140 Studenten in die Universitätsmatrikel eintragen lassen. Die Universität lebte in der ersten Zeit ungefähr zur Hälfte von Studenten, die von außerhalb des damaligen Landesterritoriums kamen, aus Mecklenburg, Hamburg, Pommern und dem Baltikum. Die Zahl der Studenten wird von Eulenburg² bis Ende des 17. Jahrhunderts auf durchschnittlich 150 geschätzt. Im 18. Jahrhundert gingen in Kiel wie an fast allen deutschen Universitäten die Studentenzahlen zurück. Der Rückgang in Kiel erklärt sich hauptsächlich - so meint Eulenburg - aus dem Versiegen des Zustroms fremder Studenten. Er errechnet, daß die Kieler Universität im Zeitraum 1700 bis 1790 von durchschnittlich rund 100 Studenten je Semester besucht wurde. Zwischen 1735 und 1767 geriet die Universität in eine schwierige Lage. Im Jahre 1765 wurden nur 13, 1767 nur 8 Studenten neu immatrikuliert. Nach Achelis³ rettete lediglich die strikte Durchführung einer Verordnung des Landesherrn von 1768, nach der jeder studierende Untertan zwei volle Jahre Pflichtstudium (das "Biennium") in Kiel abzuleisten hatte, die Universität vor der drohenden Auflösung. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hatte sich ihre Lage wieder gefestigt. Die Zahl der Studenten nahm zu und erreichte im Winter 1824 zum ersten Mal 300. In der Zwischenzeit - 1806 bis 1808 - hatte es noch einen Rückgang auf unter 100 Studenten gegeben. Im Jahrzehnt 1824 bis 1834 lagen dann die Studentenzahlen im Sommersemester bei durchschnittlich 330 und im Wintersemester bei 300. Daran zeigt sich, daß Kiel schon damals eine "Sommeruniversität" war. Im Zeitraum 1835 bis 1879, mit einem besonderen Tiefstand 1870, kam dann die Zahl der Studenten nicht wieder über die Grenze von 300 hinweg. Die Ursachen für diese Stagnation mögen vor allem in der Auswanderung junger Menschen zu suchen sein, die in diesen Jahren einen beträchtlichen Umfang hatte, und in der politischen Umwandlung der damaligen Zeit. Die Herzogtümer Schleswig und Holstein wurden 1864 aus dem dänischen Staat herausgelöst und 1867 in eine preußische Provinz zusammengefaßt.

Seit 1880 ist dann die Aufwärtsentwicklung der Universität nicht mehr aufzuhalten. Im Sommer

Entwicklung der Studentenzahl¹
an der Kieler Universität seit 1665

Zeit	Sommersemester	Wintersemester
1665	-	140
Bis Ende des 17. Jahrhunderts		150
1700 bis 1790		100
1794 bis 1806	140	130
1806 bis 1808	95	85
1810 bis 1824	200	190
1824 bis 1834	325	295
1835 bis 1879	185	185
1880 bis 1899	590	480
1900 bis 1914	1 560	1 145
1914 bis 1918	575	560
1918 bis 1928	1 935	1 610
1929 bis 1934	2 960	2 325
1934 bis 1939	1 215	1 085
Herbst 1939	geschlossen	
1940 Trimester	392	502 390
1941 bis 1947	1 300	1 145
Sommer 1945	geschlossen	
1947 bis 1954	2 830	2 680
1955	2 316	2 086
stetig steigend bis 1964	6 419	5 538

1) Durchschnitte je Semester; ohne Beurlaubte und Gasthörer, soweit es sich feststellen ließ

1900 hatte sie bereits rund 1 070 Studenten und im Sommer 1914 sogar über 2 600. Diese Entwicklung ging parallel mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Schleswig-Holsteins in den Jahrzehnten bis zum 1. Weltkrieg. Die fortschreitende Industrialisierung spiegelt sich auch in der Entwicklung der Einwohnerzahl der Stadt Kiel wider. Während Kiel 1885 knapp 52 000 Einwohner hatte, umfaßte die Stadt 1900 eine Bevölkerung von fast 122 000 und 1910 eine von 212 000 Menschen. Kiel, inzwischen Marinestadt geworden, hatte im Sommer 1910 9 Studenten je 1 000 Einwohner; im Sommer 1964 waren es 24. In den Jahren des 1. Weltkrieges betrug die Studentenzahl im Durchschnitt 600. Der tiefste Stand wurde dabei im Winter 1915 mit rund 380 Studenten erreicht, wobei die Kriegsteilnehmer nicht mitgezählt wurden. Schon im Winter 1918 kamen rund 1 100 Studenten nach Kiel und im Sommer 1920 waren es bereits über 2 000. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise und der großen Arbeitslosigkeit studierten viele junge Menschen, um nicht untätig herumsitzen zu müssen. Auch die Kieler Universität hatte in dieser Zeit eine hohe Studentenzahl aufzuweisen, im Sommer 1931 rund 3 500 Studenten. Die Zahl hielt sich aber nicht auf dieser Höhe, sondern ging langsam zurück. Im Vorkriegssommer 1939 waren nur noch 750 Studenten in Kiel. Im Herbst 1939 blieb die Universität für ein Trimester geschlossen, und 1940 liefen zwei Trimester mit je 390 und ein Trimester mit gut 500 Studenten.

1) der Einfachheit halber wird bei Wintersemestern von den beteiligten zwei Jahreszahlen nur die erste genannt

2) Franz Eulenburg, Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Leipzig 1904

3) Thomas Otto Achelis, Das Biennium der Christiana Albertina zu Kiel 1768 - 1867, in "Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte" Bd. 81, Neumünster 1957

Schon 1941 kehrte man zu der bisherigen Einteilung in Sommer- und Wintersemester zurück. Für die Kriegsjahre und für die ersten Nachkriegsjahre bis einschließlich Sommer 1947 gibt es nur Zahlen, deren Quelle hier nicht bekannt ist. Diese Zahlen liegen für die einzelnen Kriegssemester zwischen gut 100 und knapp 900 Studenten.

Im Sommer 1945 mußte der Lehrbetrieb erneut für ein Semester eingestellt werden. Die ersten Nachkriegsjahre brachten schon bald über 3 000 Studenten. Kurz nach der Währungsreform gibt es dann wieder einen allmählichen Rückgang in der Zahl der Studenten bis 1954. Von diesem Zeitpunkt an beginnt die Studentenzahl unaufhaltsam zu steigen. Die in der Universitätsgeschichte bekannte Tatsache, daß die Sommersemester fast immer stärker besetzt sind als die Wintersemester, bleibt weiterhin bestehen. Im Sommer 1961 wird die Kieler Universität zum ersten Mal von mehr als 6 000 Studenten und drei Jahre später bereits von 6 400 Studenten besucht. Für diese rasche Aufwärtsentwicklung in den letzten Jahren spielen mehrere Gründe eine Rolle, u. a. das Hineinwachsen von Jugendlichen aus stark besetzten Geburtsjahrgängen ins studierfähige Alter und der immer länger werdende Studienweg in den einzelnen Fachrichtungen.

Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß in den Studentenzahlen – soweit es sich überhaupt feststellen ließ – die Ausländer enthalten sind, aber nicht die Beurlaubten und Gasthörer. Die Zahl der Beurlaubten ist heute sehr hoch. Im Sommersemester 1964 hatte die Kieler Universität 6 419 Studenten (einschl. Ausländer) und außerdem 453 Beurlaubte, 162 Gasthörer und 44 Teilnehmer am Studienkolleg für Ausländer.

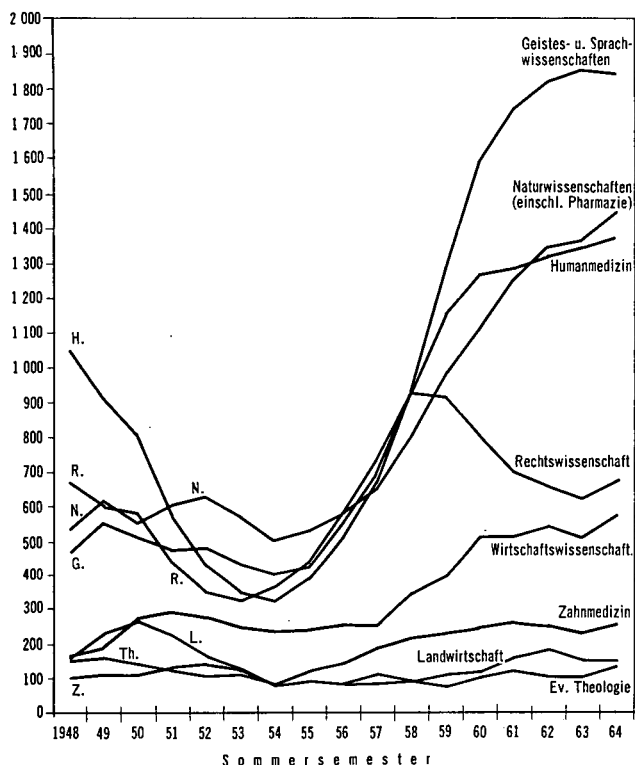
Die Entwicklung in den Fakultäten

Die Kieler Universität begann nach dem Muster anderer Universitäten mit vier Fakultäten. Im Sommer 1796 hatte die Fakultät der evangelischen Theologie 104 Studenten, die juristische Fakultät 58, die medizinische 14 und die philosophische 11 Studenten. Der Vorrang der theologischen Fakultät blieb nicht lange bestehen. Die juristische Fakultät holte bald auf und hatte schon Anfang des 19. Jahrhunderts in mehreren Semestern mehr Studenten als die theologische. Die theologische Fakultät hat in keinem Semester während ihres 300jährigen Bestehens in Kiel mehr als 170 Studenten gehabt. Die höchsten Studentenzahlen hatte sie in den Zeitabschnitten 1825 bis 1831 (durchschnittlich 150 Studenten), 1932 bis 1933 (130 Studenten) und 1947 bis 1950 (150 Studenten) aufzuweisen. Im Sommer 1964 gehörten 130 Studenten zur theologischen Fakultät. Während 1796 über die Hälfte (56%) aller Studenten der Kieler Universität Theologie studierte, waren es 1950 nur noch 4% und 1964 lediglich 2%.

Seit 1796 bewegte sich die Studentenzahl in der juristischen Fakultät zwischen 9 (Sommer 1872) und 126 (Sommer 1829). Ab 1895 stieg dann die Zahl der Studenten dieser Fakultät beachtlich an und stellte sich in den drei letzten Sommersemestern vor dem 1. Weltkrieg auf über 500. Die höchste Studentenzahl zwischen den beiden Weltkriegen gab es im Sommer 1928 mit über 900 Studenten. Vom Sommer 1932 an liegen gesonderte Angaben für die beiden Fachrichtungen Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaften vor. Damals waren 564 Studenten für Rechtswissenschaft und 133 für Wirtschaftswissenschaften eingetragen. Das waren Zahlen, die in dieser Höhe für beide Fachrichtungen bis an das Ende des 2. Weltkrieges nicht wieder erreicht wurden. In der Nachkriegszeit wies das Sommersemester 1958 mit gut 900 Jurastudenten eine Rekordbesetzung auf. Eine allgemeine Warnung vor dem Jurastudium bewirkte dann, daß die Studentenzahl dieser Fachrichtung bis auf 500 im Wintersemester 1963 zurückging. Die Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften hat im letzten Jahrzehnt ständig zugenommen und sich 1964 gegenüber 1932 mehr als vervierfacht. Im Sommer 1964 hatte die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät – so heißt seit 1912 die juristische Fakultät in Kiel – insgesamt 1 100 Studenten, und zwar 560 in der Fachrichtung Rechtswissenschaft und 540 in den Wirtschaftswissenschaften.

Zur medizinischen Fakultät gehörten 1881 zum ersten Mal mehr als 100 Studenten. Diese Fakultät umfaßte damals nur die Humanmedizin. Die Zahnheilkunde, wie die Zahnmedizin früher genannt wurde, war der philosophischen Fakultät angeschlossen. Die Zahl der Studenten der Humanmedizin entwickelte sich rasch und umfaßte im Sommer 1932 erstmalig über 1 000 Studenten. In der folgenden Zeit hat es dann auch hier infolge ungünstiger Zeitverhältnisse Rückschläge gegeben. Aber bereits 1947 war die Höhe von 1 000 Studenten erneut überschritten. Diese Zahl hielt sich jedoch nicht. Sie ging nach der Währungsreform erheblich zurück, und zwar bis auf 260 Studenten im Winter 1953. In den folgenden Semestern nahm die Zahl der Studenten der Humanmedizin wieder laufend zu, wobei zu vermuten ist, daß sie mit fast 1 400 im Sommer 1964 vorläufig ihren Höchststand erreicht haben dürfte. Die Medizinische Akademie in Lübeck, die 1964 gegründet wurde, hat zunächst den Status einer zweiten medizinischen Fakultät erhalten. – Die Zahnmedizin fing sehr bescheiden an. Sie hatte bis 1900 selten mehr als 10 Studenten. Anfang der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts erlebte sie eine Blütezeit mit über 200 Studenten. Vom Winter 1935 bis Ende des 2. Weltkrieges fiel dieses Fachgebiet in Kiel aus. In den Nachkriegsjahren kamen besonders viele Ausländer

Universität Kiel Studierende und Fachrichtungen 1948 - 1964 (ohne Beurlaubte und Gasthörer, einschließlich Ausländer)



nach Kiel, um Zahnmedizin zu studieren. Es gab Semester, z. B. die Sommer 1957 und 1958, wo die Zahl der ausländischen Studenten der Zahnmedizin höher war als die der einheimischen. Seit 1959 wird die Zahnmedizin von 210 bis 270 Studenten je Semester besucht.

Die philosophische Fakultät hatte in Kiel in den ersten 200 Jahren nur einmal mehr als 40 Studenten. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wuchs die Studentenzahl in dieser Fakultät, zu der damals nicht nur die Geistes- und Sprachwissenschaften sowie die Naturwissenschaften gehörten, sondern auch die Kameralia (Staatswissenschaften), die Landwirtschaft, die Pharmazie und die Zahnheilkunde. Heute ist die Staatswissenschaft ein Bestandteil der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, die Landwirtschaft bildet eine eigene Fakultät und die Zahnheilkunde gehört zur medizinischen Fakultät. Die Pharmazie ist ein Teil der neuen mathematischen-naturwissenschaftlichen Fakultät, die sich seit 1963 von der philosophischen Fakultät gelöst hat. Die philosophische Fakultät hatte es bereits im Sommer 1914 auf über 100 Studenten gebracht, von denen ungefähr die Hälfte Geistes- und Sprachwissenschaften studierte. Von 1924 an läßt sich die Entwicklung der einzelnen Fachrichtungen verfolgen. Die Geistes- und Sprachwissenschaften mit ihren vielen verschiedenen Fächern waren im Verhältnis zu den anderen Fachrichtungen seit 1956 besonders stark besetzt. Mit über

1 800 Studenten in den letzten drei Sommersemestern waren sie am besten von allen besucht. Die Naturwissenschaften, die früher häufig gleich viel oder sogar mehr Studenten hatten als die Geistes- und Sprachwissenschaften, sind im letzten Jahrzehnt in der Zahl ihrer Studenten nicht ganz so stark gestiegen. Sie kamen im Sommer 1964 auf gut 1 300 Studenten. Die Fachrichtung Pharmazie, die z. B. 1868 nur einen Studenten aufwies, hat seit dem Wintersemester 1958 zwischen 120 und 130 Studenten. Die Entwicklung der Zahl der Pharmaziestudenten hängt dabei weitgehend - so ist es auch bei einigen anderen Fachrichtungen - von den vorhandenen Laborplätzen ab.

Die Landwirtschaft, die mit geringen Studentenzahlen je Semester anfang, wurde von 1937 bis 1945 gar nicht in Kiel gelehrt. Inzwischen hat sie sich zur eigenen Fakultät entwickelt. Von 1948 bis 1951 hatte sie über 200 Studenten. Heute sind es im Durchschnitt der letzten fünf Jahre knapp 150 Studenten je Semester.

Das Frauenstudium

Bis 1908 war den Frauen das Studium an preußischen Universitäten verschlossen. Im Wintersemester 1908, vor 56 Jahren, studierten zum ersten Mal Frauen an der Kieler Universität. Damals waren drei Studentinnen an der philosophischen Fakultät eingetragen, von denen zwei Naturwissenschaften studierten. Schon im nächsten Semester, im Sommer 1909, waren es 18 Frauen, und zwar 10 in der medizinischen Fakultät und 8 in der philosophischen. Im Sommer 1910 war zum ersten Mal eine Frau in der juristischen Fakultät eingeschrieben. Seit wann es Frauen in der theologischen Fakultät der Kieler Universität gibt, läßt sich anhand des vorliegenden Materials nicht feststellen. Das Frauenstudium entwickelte sich rasch. Im Sommer 1914 hatte die Kieler Universität bereits 100 Studentinnen, 1934 waren es über 400 und 1964 fast 1 700. In der Zwischenzeit gab es auch in der Entwicklung der Zahl der Studentinnen - wie bei ihren männlichen Kommilitonen - zeitbedingte Rückschläge. Der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden der Kieler Universität entwickelte sich im letzten halben Jahrhundert wie folgt:

1914	4 %	(1944	33 %)
1924	11 %	1954	20 %
1934	18 %	1964	26 %.

Der Anteil der Frauen 1944 ist offensichtlich durch kriegsbedingte Umstände verzerrt. In den einzelnen Fachgebieten weicht der Frauenanteil erheblich vom Durchschnitt ab. Im Sommer 1964 war er in der landwirtschaftlichen Fakultät mit 1% am niedrigsten. Die meisten Frauen gab es in der Pharmazie (48%), in den

Geistes- und Sprachwissenschaften (45%) und in der Zahnmedizin (30%). Unterdurchschnittlich war der Frauenanteil auch in den Fachgebieten Rechtswissenschaft (10%), Wirtschaftswissenschaften (11%), evangelische Theologie (13%), Naturwissenschaften (15%) und Humanmedizin (24%).

Die ausländischen Studenten

Die ersten Angaben über ausländische Studenten an der Kieler Universität liegen für das Wintersemester 1886 vor. Damals studierten 15 Ausländer in Kiel, d.h. 3% aller Studenten waren Ausländer. Bis 1920 hatte Kiel - soweit überhaupt Angaben für die einzelnen Semester vorhanden sind - zwischen 3 und 44 Ausländer je Semester. In den folgenden drei Jahrzehnten bis 1950 schwankte die Ausländerzahl von Semester zu Semester. In diesem Zeitabschnitt kam sie aber nur einmal, und zwar im Sommer 1923, über die Grenze von 200 hinweg. Im Winter 1950 gab es lediglich 20 ausländische Studenten an der Kieler Universität. Von diesem tiefen Stand aus stieg die Ausländerzahl dann kräftig an: 1955 waren 150 erreicht und 1958 400 überschritten. Bis heute hielt sich die Zahl der Ausländer zwischen 400 und 500 je Semester, ohne jedoch die 500 zu erreichen. Der Anteil der ausländischen Studenten an allen Studenten der Kieler Universität betrug im Wintersemester 1964 8%. Wenn man die letzten Jahre überblickt, so stellt man fest, daß besonders viele ausländische Studenten aus dem Iran und aus Norwegen kamen. Von 100 ausländischen Studenten waren im Winter 1963 24 Perser und 19 Norweger. Die Ausländer studierten in Kiel vorwiegend Medizin. Von den ausländischen Studenten waren 1963 über die Hälfte für Medizin (Humanmedizin und Zahnmedizin) eingetragen. Fast ein Fünftel der Studenten der medizinischen Fakultät in Kiel kam aus dem Ausland.

Mit Beginn des Wintersemesters 1961 wurde an der Universität ein Studienkolleg eingerichtet für Ausländer, deren Kenntnisse in der deutschen Sprache noch nicht ausreichten, um sofort ihr Studium zu beginnen, oder deren Abgangszeugnis aus dem Heimatland vermuten läßt, daß sie dem sofortigen Studium noch nicht gewachsen sind. An diesem Kolleg nahmen im Winter 1964 44 Ausländer teil.

Die soziale Herkunft der Studenten

Die Frage nach der Herkunft der Studenten läßt sich mit Hilfe von Aussagen über die Vorbildung und die Berufsstellung ihrer Väter beantworten. Diese Angaben konnten für die drei Wintersemester 1886, 1927 und 1962 einigermaßen vergleichbar zusammengestellt werden. Von den Vätern der deutschen Studierenden hatte

Deutsche Studenten der Universität Kiel
nach der sozialen Stellung des Vaters

Soziale Stellung des Vaters	Wintersemester		
	1886	1927	1962
	Studenten in %		
Beamte	36	48	42
Angestellte	1	10	23
Angehörige freier Berufe	4	9	15
Selbständige Landwirte, Bauern	15	7	5
Handel- und Gewerbetreibende	36	20	10
Arbeiter	0,2	2	3
Sonstige und ohne Angabe	8	3	2
Studenten insgesamt	100	100	100

1886 jeder 5., 1927 jeder 4. und 1962 nicht ganz jeder 2. eine abgeschlossene Hochschulbildung aufzuweisen. Ein Blick auf die berufliche Stellung der Väter unabhängig von der Vorbildung ergibt, daß 1886 von 100 Studenten 36 einen Vater hatten, der Beamter war; 1927 hatten 48 Studenten Väter in dieser Berufsstellung und 1962 waren es 42. Der Anteil der Studenten, deren Väter Arbeiter sind, ist zwar gestiegen, bis heute aber sehr gering geblieben. Er betrug 1886 0,2%, 1927 2% und 1962 3%.

Die Hochschullehrer

Der Lehrkörper der Kieler Universität bestand 1768, also zur Zeit des größten Niedergangs, aus 15 Mitgliedern, und zwar aus 11 ordentlichen und 3 außerordentlichen Professoren sowie einem Dozenten.

Die Zahl der Lehrstuhlinhaber (o. und ao. Professoren), die heute nach dem Hochschulbeamtenrecht als die eigentlichen Hochschullehrer gelten, hat sich in knapp 200 Jahren von 14 auf 99 (1960) erhöht. Während 1960 vom gesamten Lehrkörper der Universität (einschl. Assistenten) nur 17% zu den Hochschullehrern im engeren Sinne gehörten, waren es 1768 fast alle. Die Lehrbelastung, ausgedrückt durch das Verhältnis zwischen Hochschullehrern und Studenten, betrug 1768 ungefähr 7 Studenten je Lehrstuhlinhaber; 1960 waren es 50 Studenten. Die Gruppe der habilitierten Nichtordinarien, zu der die außerplanmäßigen Professoren und die Dozenten zählen, hat sich gerade in den letzten Jahren erheblich vergrößert. 1768 gab es an der Kieler Universität nur einen Privatdozenten, 1928 waren es bereits 35 außerplanmäßige Professoren und 44 Dozenten. 1960 umfaßte die Gruppe der habilitierten Nichtordinarien, die als Hochschullehrernachwuchs anzusehen sind, 70 außerplanmäßige Professoren und 88 Dozenten. Während in den alten Statistiken keine Angaben über weitere wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität gemacht werden, ist bekannt, daß 1960 noch weitere 104 Lehrpersonen (Honorar-Professoren, Lehrbeauftragte

	1768	1830	1886	1900	1928	1960
a. und a.o. Professoren	14	26	54	67	74	99
apl. Professoren, Dozenten	1	4	20	36	79	158
Sonstige Lehrpersonen, Assistenten	.	1	6	6	133	328
Insgesamt	15	31	80	109	286	585^a
darunter Frauen	-	-	-	-	2	33

a) außerdem 32 emeritierte Hochschullehrer

usw.) und 224 nicht habilitierte wissenschaftliche Assistenten zur Universität gehörten. Hinzu kamen noch 32 emeritierte Hochschullehrer.

Der Beruf des Hochschullehrers ist auch heute noch weitgehend den Männern vorbehalten.

Unter den 585 Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern (ohne Emeriti) waren 1960 nur 33 Frauen; das entspricht einem Anteil von knapp 6%. Keine dieser Frauen hatte einen Lehrstuhl inne. In den ersten zweieinhalb Jahrhunderten ihres Bestehens hat die Universität aber völlig auf die Mitarbeit der Frauen im wissenschaftlichen Universitätsbereich verzichtet. Im Wintersemester 1928 waren zum ersten Mal - entsprechende Angaben liegen allerdings nicht für alle Semester vor - zwei Frauen in der Liste der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Universität Kiel verzeichnet.

In dem vorstehenden Bericht wurde weitgehend auf Quellenangaben verzichtet. Die Zahlen wurden u. a. der Preußischen Statistik, den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich und den Unterlagen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein entnommen.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Wirtschaftsräumliche Gliederungen Schleswig-Holsteins

Für verschiedene Disziplinen in Wissenschaft, Politik und Verwaltung ist es von Bedeutung, wirtschaftsräumliche Einheiten zu erkennen und festzulegen. Die bisher benutzten Gliederungen sind nur durch Verwaltungsgrenzen bestimmt und werden dadurch nicht immer den wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht.

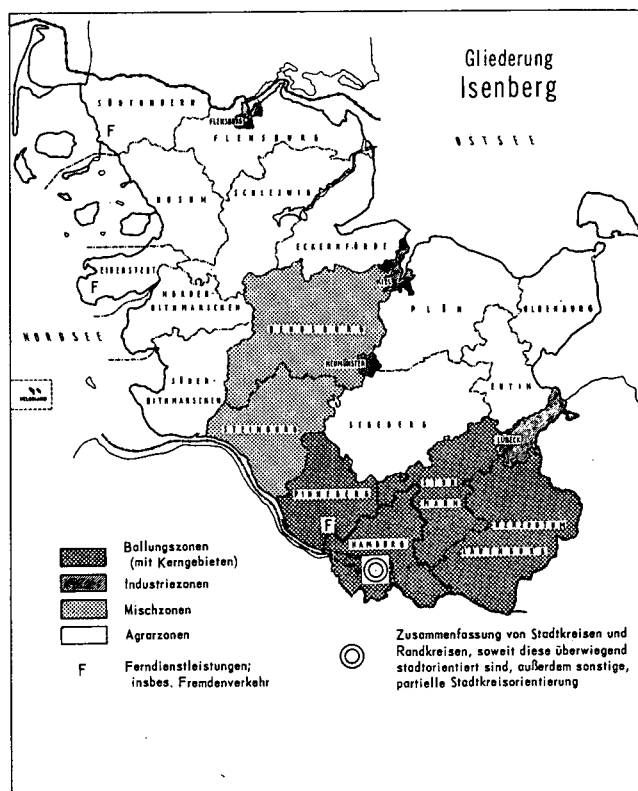
Eine umfassende wirtschaftsräumliche Gliederung kann ein richtiges Gesamtbild vermitteln, ohne Anspruch auf Verwendung als allgemeingültige Grundlage zu erheben. Die Ausarbeitung stößt jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten, die in der Doppelnatur der Wirtschaft als raumgebundene, strukturelle Form und als raumüberwindender, funktionaler Faktor begründet sind. Diese beiden Momente sind nicht in einem zu erfassen. Man muß deshalb im Einzelfall die wichtigsten wirtschaftlichen Merkmale auswählen, um die Gliederung den tatsächlichen Gegebenheiten so weit wie möglich anzunähern. Die vorliegenden Gliederungen für Schleswig-Holstein, die im folgenden beschrieben werden, weichen in der Wahl und der Verwendung der Merkmale erheblich voneinander ab, so daß sich ganz verschiedene Einheiten ergeben.

Vier Gliederungen

Isenberg¹ benutzt in seiner Gliederung den Besatz mit Industriebeschäftigten als erstes

1) Isenberg, G., Karte der ökonomischen Strukturzonen in der Bundesrepublik Deutschland, Information des Instituts für Raumforschung, Bad Godesberg, 7. Jg. Nr. 19, 1957.

Merkmal für die Kennzeichnung eines Gebietes. Als Rechtfertigung führt er an, daß zwischen Industrie und Landwirtschaft ein großes Leistungsgefälle besteht. Das Leistungsniveau in der Industrie ist drei- bis viermal so hoch wie in der Landwirtschaft. Die Industrie ist demnach das hervortretende Merkmal. Weiterhin kommt es nach Isenberg bei der Beurteilung



der Wirtschaftsstruktur mehr auf die Nettoleistung als auf den Umfang der Beschäftigung an.

Der Industrialisierungsgrad wird durch die Zahl der Industriebeschäftigten je 100 Einwohner ausgedrückt:

Agrarzonen haben einen Industrialisierungsgrad von	0,6 – 6
Mischzonen " " " "	6,1 – 12
Industriezonen " " " "	12,1 u. mehr

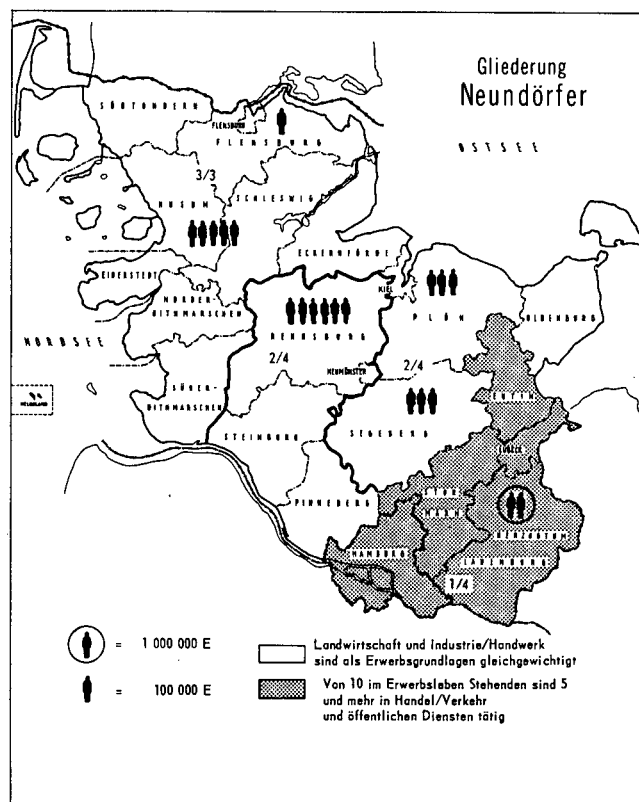
Neben dem Besatz mit Industriebeschäftigten werden noch andere Merkmale berücksichtigt. In einem Gebiet mit wenig Industrie können neben der Landwirtschaft auch Ferndienstleistungen, wie z. B. Fremdenverkehr, die Existenzgrundlage bilden. Diese Gebiete werden von Isenberg besonders gekennzeichnet.

Herausgehoben werden besonders die sogenannten "Ballungszonen". Hierfür spielt weniger die Art der Existenzgrundlage, als die Zusammenballung der Bevölkerung auf engstem Raum eine Rolle. Der Begriff der Ballung geht über den statistischen Großstadtbegriff hinaus. Als Mindestgröße der Ballung wird eine Einwohnerzahl von 500 000 Einwohnern auf einer Fläche von höchstens 500 qkm festgelegt. Dabei kann es sich um eine einzige Stadt oder auch um einen Komplex von Gemeinden handeln, wenn die Bevölkerungsdichte mindestens 1 000 Einwohner je qkm beträgt. Den Ballungskern bildet die zentrale Stadt. Zum Randgebiet der Ballung gehören die umliegenden Kreise, soweit die Existenzgrundlagen überwiegend auf dem Pendelverkehr oder auf großstadtabhängigen Einrichtungen beruhen.

Neundörfer² bezieht seine Aussagen auf gleich große Bevölkerungsgruppen. Kleine Bezirke sind zu Einheiten zusammengefaßt, in denen jeweils etwa 500 000 Menschen wohnen (Schwellenwerte bei 350 000 und 750 000), und zwar in Anlehnung an bestehende administrative Grenzen. Diese Gebiete bezeichnet er als "Regionen", die untereinander verglichen werden können. Neundörfer setzt voraus, daß das soziale Klima einer Region dadurch bestimmt wird, wie die meisten Menschen ihren Lebensunterhalt gewinnen. Die Bevölkerungsdichte ist ebenfalls abhängig von der Unterhaltsquelle. Das gilt auch für das natürliche Wachstum der Bevölkerung, für das Vorhandensein von Versorgungseinrichtungen und für den Bildungsstand.

Neundörfer stellt eine Strukturformel auf, nach der er die Regionen typisiert. Da ist zunächst der primäre Sektor der Wirtschaft: die Landwirtschaft. Als sekundären Sektor wählt Neundörfer Industrie und Handwerk. Zum tertiären

² Neundörfer, L., Atlas sozialökonomischer Regionen Europas. Frankfurt/M., 1961



Sektor gehören einmal Handel und Verkehr und dann öffentliche Dienste und Dienstleistungen.

6	2
1	1

Die obenstehende Formel bedeutet, daß von 10 Erwerbspersonen einer Region 6 Personen in der Landwirtschaft, 2 in Industrie und Handwerk beschäftigt sind und je eine Erwerbsperson in Handel und Verkehr und in den öffentlichen Diensten. Das soziale Klima resultiert aus dem Verhältnis der beiden ersten Sektoren zueinander.

Es wird angenommen, daß ein Sektor das soziale Klima dann prägt, wenn sein Anteil 5 oder mehr beträgt. Neundörfer unterscheidet danach:

1. Regionen, in denen 50 und mehr % der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig sind.
Zusätzlich werden noch unterschieden:
 - a) Landwirtschaftliche Gebiete mit mehr als 20 000 bäuerlichen Betrieben (über 10 ha landwirtschaftliche Nutzfläche)
Außerdem Kennzeichnung eines eindeutigen Übergewichtes des Acker- oder Grünlandes.
 - b) Regionen mit über 50 000 landwirtschaftlichen Kleinbetrieben (unter 5 ha landwirtschaftl. Nutzfläche)
2. Regionen, in denen Landwirtschaft und Industrie/Handwerk als Erwerbsgrundlagen gleichwertig sind.
3. Der sekundäre Sektor der Industrie und des Handwerks dominiert.
4. Das Übergewicht liegt im tertiären Sektor der Wirtschaft. In den beiden gütererzeugenden Sektoren finden zusammen nur 5 oder weniger von 10 Erwerbspersonen ihren Arbeitsplatz und Lebensunterhalt.

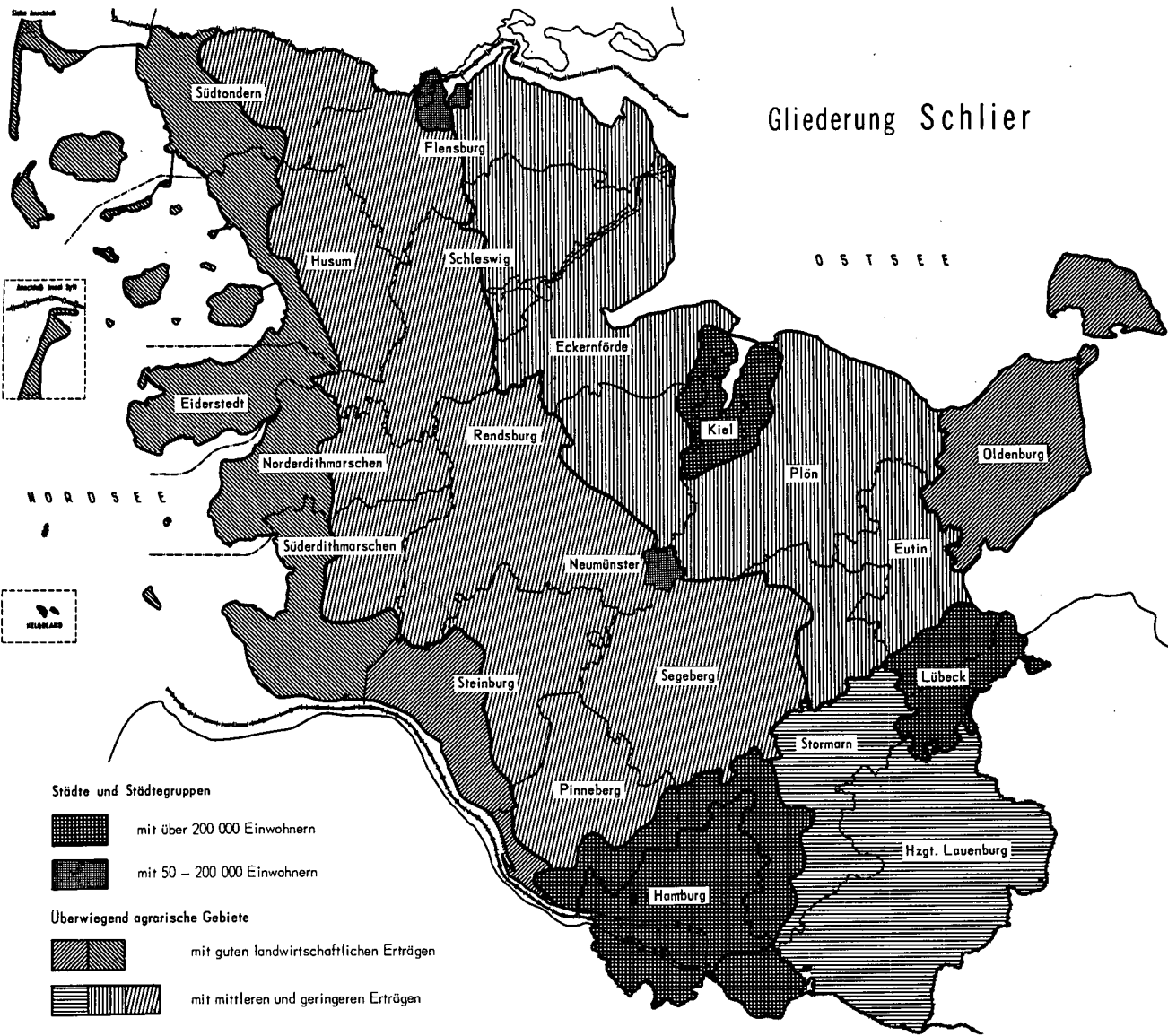
Städte bis zu 100 000 Einwohnern sind in die Region einbezogen. Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, sowie bestimmte Ballungsräume bilden eigene Einheiten, werden aber in die Strukturformel mit einbezogen.

Schlier³ bezieht sich in seinem Gliederungsentwurf auf die strukturelle Beschaffenheit der einzelnen Gebiete. Als Merkmale hierfür dienen die Bevölkerungsdichte, der Siedlungscharakter, sowie der strukturelle Aufbau von Landwirtschaft, Industrie und Verkehr.

Für die Erkenntnis der land- und forstwirtschaftlichen Produktions- und Siedlungsverhältnisse dient die naturräumliche Gliederung als Grundlage. Außerdem werden die Faktoren der Industrie, des Verkehrs und der städtischen Siedlungen herangezogen, die von den Naturräumen weitgehend unabhängig sind. Bei der Gliederung wird schrittweise vorgegangen.

Man beginnt mit den größeren städtischen Siedlungsagglomerationen, die gleichzeitig eine industrielle Ballung und Verkehrskonzentration ausdrücken. In überwiegend industriellen Gebieten wird jede Stadt mit über 200 000 Einwohnern herausgehoben. Im agrarischen Land dagegen jede Stadt mit über 50 000 Einwohnern, da einer Stadt im Agrarland eine relativ größere Bedeutung zukommt als im Industrieland. Administrative Grenzen werden nicht eingehalten. Strukturell ähnliche Nachbargemeinden werden einbezogen und benachbarte Städte zu Städtegruppen vereinigt.

Bei der Ausgliederung von Industriegebieten werden durch berufsstatistische Nachweise Gebiete herausgeschält, deren Bevölkerung hauptsächlich in der Industrie tätig ist. Bei den agrarischen Verhältnissen wird zusätzlich zu den natürlichen Gegebenheiten auch die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft berücksichtigt.



3) Schlier, O., Wirtschaftsräumliche Gliederung der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins. In: Ber. z. Dt. Landeskunde, Bd. 15, 1955

Mit Hilfe der Einheitswertstatistik werden Gebiete mit günstigen oder weniger günstigen landwirtschaftlichen Erträgen herausgearbeitet. Dabei kann es sich um rein agrarische Räume handeln, aber auch um Gebiete, die in der Gliederung als "überwiegend industriell" bezeichnet werden. Die Kombination "Industrielandschaft mit günstigen landwirtschaftlichen Erträgen" ist allerdings in Schleswig-Holstein nicht zu finden.

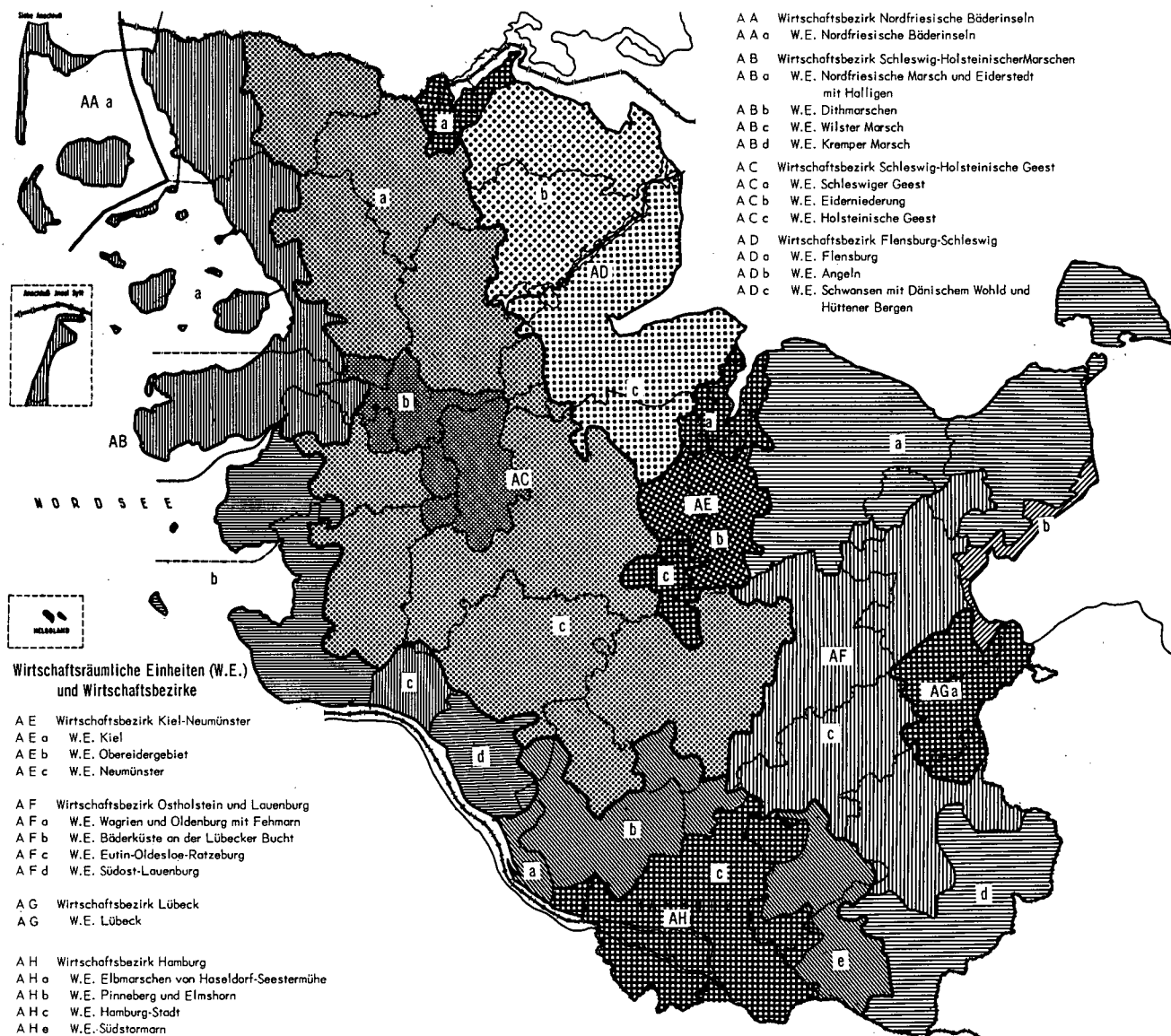
Die statistischen Angaben dienen nur als Richtlinien. Abgegrenzt werden die Gebiete nach geographischen Wirtschafts- und Siedlungsgegebenheiten. Da die statistischen Ergebnisse wegen ihrer Bindung an die problemfremden Verwaltungsgebiete nicht mit der "geographischen Wahrheit" übereinstimmen, werden sie interpretiert, um die wirkliche Lage festzustellen. "Das Kartenbild wird auf diese Weise

zu Lasten der statistischen Exaktheit an die geographische Wahrheit angenähert. Diese wird gesucht; wer dagegen die genauen Zahlen der Kreise sucht, soll nicht in der Karte, sondern in den Tabellen nachsehen."

Der Gliederung von Otremba⁴ werden, wie bei Schlier, hauptsächlich strukturelle Gesichtspunkte zugrunde gelegt. Wenn jedoch auf engerem Raum funktionale Verflechtungen von besonderer Bedeutung sind und die Wirtschaft entscheidend bestimmen, werden sie für die Festlegung der Einheiten berücksichtigt. Im Bereich der großen Städte gehören dazu die Berufspendlerbeziehungen.

Bestimmte Größen der Wirtschaftsräume werden nicht festgelegt. Die Eigenart jeder gebildeten Einheit soll für ihre Größe bestimmend sein. Als Grundsatz wurde lediglich fest-

Gliederung Otremba



4) Wirtschaftsräumliche Gliederung der Bundesrepublik Deutschland. Gemeinschaftsarbeit des Zentralkomitees für dt. Landeskunde, Vorsitz: E. Otremba, Arbeitsentwurf, Godesberg 1960

gelegt, daß Gemeindegrenzen beachtet werden sollen. Außerdem müssen die Einheiten eine ausreichende Bevölkerungszahl haben, um den statistischen Daten eine Grundlage zu geben.

Die Gliederung wurde in den einzelnen Bundesländern durch Mitarbeiter mit besonderen Landeskenntnissen bearbeitet. Grundlagen für die Heraushebung der verschiedenen Einheiten sind dabei eine ständige Geländebeobachtung und die Auswertung des Schrifttums und der Statistik. Es werden keine allgemeingültigen Schwellenwerte festgesetzt, um nicht "Raumtypen", sondern "individuelle Wirtschaftsräume" zu bilden. Lediglich innerhalb der einzelnen Bearbeitungsbereiche werden gewisse Schwellenwerte verwandt.

Als Hauptmerkmale werden die Grundformen der "sozio-ökonomischen Struktur" verwandt. Hierzu gehören die Berufsgliederung der Bevölkerung, die Wirtschafts- und Betriebsformen, die Branchenzugehörigkeit der industriellen und gewerblichen Wirtschaft und die Produktionsrichtung der Landwirtschaft. Bewertet werden jeweils die Merkmale, die in ihrer strukturbestimmenden Wirkung dominieren. Für die Bewertung wird also keine feste Reihenfolge der Kriterien benutzt. Durch diesen Wechsel in der Beurteilung der Gesichtspunkte kann auch die Abgrenzung der Bereiche nicht einheitlich sein. Otremba führt aus, daß es am einfachsten ist, bodenständige Industriegebiete abzugrenzen. Die größten Schwierigkeiten macht die Abgrenzung bei Mischstrukturen von Agrar- und Industriegewirtschaft, weil hier funktionale Beziehungen den Strukturzusammenhang überlagern.

In der Gliederung von Schleswig-Holstein fällt auf, daß die wirtschaftsräumlichen Einheiten fast mit den Naturräumen übereinstimmen. Das ist aus der individuellen Behandlung jeder Einheit zu erklären, denn in einem agrarwirtschaftlichen Gefüge bilden die Naturgrenzen gleichzeitig die Grenzen im Anbauegefüge, in den Betriebsformen und Betriebsgrößen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß in den vier Gliederungen die Merkmale hauptsächlich aus dem raumgebundenen, strukturellen Bereich der Wirtschaft genommen werden. Aus dem raumüberwindenden, funktionalen Bereich werden nur die Pendlerbeziehungen betrachtet. In der folgenden Übersicht sind für jede der vier besprochenen Gliederungen die verwendeten Merkmale zusammengestellt. Die bloße Berücksichtigung eines Merkmals ist durch • markiert, die Verwendung eines Merkmals mit Schwellenwerten durch • gekennzeichnet.

Aus dem Vergleich dieser Übersicht mit den Karten ergibt sich folgendes: Je weniger Merkmale ausgewählt werden, um so exakter können die Zahlenwerte verwendet werden, aber die

Merkmal	Isenberg	Neundorfer	Schler	Otremba
Bevölkerungsdichte	•		•	
Siedlungscharakter			•	•
Pendler				•
Beschäftigtenstruktur	•	•	•	•
Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft		•	•	•
Betriebsgrößenstruktur der Industrie			•	•
Betriebsgrößenstruktur des Verkehrs			•	•
Branchenzugehörigkeit der industriellen und gewerblichen Wirtschaft				•
Produktionsrichtung der Landwirtschaft				•
Erträge der Landwirtschaft			•	•

sich ergebenden räumlichen Einheiten sind sehr groß, so daß kleinräumliche Erscheinungen unberücksichtigt bleiben. Der entgegengesetzte Fall findet sich in der Gliederung Otrembas. Hier werden viele Merkmale berücksichtigt, die aber nicht mehr in genauen Zahlenwerten ausgedrückt werden können. Es ergeben sich jedoch kleinere wirtschaftliche Raumeinheiten, die den wirklichen Gegebenheiten weitgehend angenähert sind. Die von Otremba ausgegliederten Einheiten sollen deshalb näher betrachtet werden.

Gliederung Otremba

Die Ausgliederung eines Wirtschaftsbezirks (= W. B.) Nordfriesische Bäderinseln im Nordwesten unseres Landes ist durchaus überzeugend, weil die wirtschaftliche Struktur der Inseln Sylt, Amrum und Föhr fast ausschließlich vom Fremdenverkehr bestimmt ist. Dies unterscheidet sie grundsätzlich vom angrenzenden Marschbereich. Allerdings ist festzustellen, daß sich auch dort zwei Gebiete durch hohe Fremdenverkehrszahlen deutlich von ihrem Umland abheben. Das sind St. Peter und Ording auf Eiderstedt und Büsum in Dithmarschen. Eine Einbeziehung dieser Gemeinden in den W. B. Nordfriesische Bäderinseln würde der Situation gerecht.

Den W. B. Schleswig-Holsteinische Marsch grenzt Otremba nach den naturräumlichen Gegebenheiten ab, die u. a. durch Bodenbeschaffenheit und wasserwirtschaftliche Probleme die Wirtschaft in dem ganzen Bereich entscheidend bestimmen.

Die Struktur der Wirtschaft wechselt jedoch von Süden nach Norden und ergibt bei Otremba eine Untergliederung in vier Wirtschaftseinheiten.

Eiderstedt und Nordfriesland (Festland, Pellworm, Nordstrand und Halligen) werden als fast reine Grünlandgebiete mit Dauerweide zur

BEVÖLKERUNGSVERÄNDERUNG IN DEN STÄDTEN, AMTSFREIEN GEMEINDEN UND ÄMTERN in den jeweils 3½ Jahren von 1958-1961 und 1961-1964

In der nebenstehenden Karte sind die Bevölkerungsveränderungen der kleineren regionalen Einheiten während zweier Perioden von je 3 1/2 Jahren vor und nach der Volkszählung dargestellt. Das Hauptgewicht der angestrebten Information liegt auf dem Vergleich dieser beiden Perioden. Gegenüber der aus früheren Darstellungen (Sept. 1963 und Sept. 1964) bereits bekannten Grundtendenz starker Bevölkerungszunahmen im Hamburger Randgebiet, im Umland der kreisfreien Städte sowie im Einzugsgebiet von Industriegebieten bietet diese Karte nichts Neues.

Für das Land insgesamt sind die beiden Perioden durch folgende Bevölkerungsveränderungen gekennzeichnet:

Zeit	Binnenwanderung	Außenwanderung			Geburtenüberschuß
		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsgewinn	
1958 - 1961	415 000	281 000	257 000	24 000	35 000
1961 - 1964	398 000	294 000	258 000	36 000	52 000

Die Zahl der durch die weißen Halbkreise dargestellten Ämter und Gemeinden mit Bevölkerungsabnahmen ist in der früheren Periode weitaus größer als in der späteren. Anders betrachtet: von 1961 bis 1964 wurde für erheblich mehr Ämter eine Bevölkerungszunahme ermittelt als von 1958 bis 1961.

Bedeutende Unterschiede zwischen der Bevölkerungsentwicklung in den dreieinhalb Jahren vor und nach der Volkszählung 1961 zeigen sich für die Städte Kiel und Flensburg, deren Einwohnerzahl in den letzten dreieinhalb Jahren zurückgegangen ist, nachdem sie von 1958 bis 1961 noch angestiegen war. Als Pendant dazu haben die Randgemeinden dieser beiden Städte - auch wenn sie in der ersten Periode schon einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hatten - in der zweiten Periode noch erheblich stärkere Bevölkerungszunahmen erfahren.

Der interessierte Leser sei - sofern er die eingezeichneten Punkte genauer lokalisieren will - auf die Ämterkarte im Statistischen Jahrbuch 1964 verwiesen.



Städte,
amtsfreie Gemeinden
und Ämter

mit Zunahme

mit Abnahme

1.1.1958 bis 5.6.1961
6.6.1961 bis 31.12.1964

10 20 50 100 200 500 1000 2000 5000 Personen

Fettgräsung herausgehoben. Reine Grünlandgebiete sind jedoch nur Pellworm und Eiderstedt. Die entsprechenden Gebiete im Kreis Husum haben nur einen Anteil des Dauergrünlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 55%, in Sütdondern sogar nur 35%. Eine Sonderstellung nehmen die Halligen durch ihren wasserwirtschaftlichen Notstand ein. Otremba zählt sie jedoch zur Wirtschaftseinheit (= W. E.) Nordfriesische Marsch, weil es Grünlandgebiete mit ausschließlicher Viehwirtschaft sind.

Als Industrieorte mit mehr als 1 000 Industriebeschäftigten heben sich nur Husum und Westerland heraus.

Die W. E. Dithmarschen unterscheidet sich in der Bodennutzung von der nördlichen Einheit; das Gebiet wird vorwiegend ackerbaulich genutzt. Vorherrschend ist der Anbau von Weizen, Zuckerrüben und Feldgemüse. Ackerbaulich genutzt werden in den Räumen Büsum, Wesselburen und Kronprinzenkoog über 65% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, in allen anderen Bereichen über 50%. Im Bereich Heide-Hemmingstedt zeigt sich, daß die Grenze des Naturraumes nicht unbedingt mit der Grenze des Wirtschaftsraumes übereinstimmen muß. Die Fehler stellen sich da ein, wo die Industrie und nicht die Landwirtschaft die Wirtschaft bestimmt. So wird Hemmingstedt als Standort der Erdölraffinerie zum W. B. Geest gerechnet, Heide dagegen, als Verwaltungsstandort dieser Industrie, zum W. B. Marsch. Bis auf diese kleine Unstimmigkeit ist die Ausgliederung der W. E. Dithmarschen zu vertreten, da die Industrie deutlich stärker hervortritt als im Norden. Der Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft beträgt nur noch ungefähr 38% gegenüber 52% in Nordfriesland und Eiderstedt.

Die W. E. Wilstermarsch wurde wahrscheinlich deshalb ausgegliedert, weil hier der Anteil des Dauergrünlandes durch die ungünstigen Bodenwasserverhältnisse wieder auf mehr als 80% ansteigt.

In der Kremper Marsch ist sowohl Feldbau (Feldgemüse) als auch Grünland zu finden (z. T. Fettweiden). Von Süden her dringt auch Obstbau ein, ist aber nicht bestimmend für das Gebiet.

In den Grundlinien des Naturraumes Schleswig-Holsteinische Geest wird von Otremba auch der W. B. gleichen Namens ausgegliedert. Die Untergliederung ist dann allerdings nicht so differenziert. Zwischen der W. E. Schleswiger Geest und der W. E. Holsteinische Geest liegt die W. E. Eiderniederung, deren Eigenständigkeit durch die wasserwirtschaftliche Notlage bedingt ist. Der Schleswiger Geest als reinem Agrarland ist durch die naturräumliche Abgrenzung der Rahmen gegeben. In dem gesamten Gebiet finden sich nur leichte Böden - Acker-

zahlen von 12 - 35 nach der Reichsbodenschätzung. Nördlich von Brodersby ist der Anteil der leistungsschwachen Böden außerordentlich hoch.

Weiter südlich geht der Anteil dieser Böden etwas zurück. Innerhalb der Schleswiger Vor-geest und der Lecker Geest ist der Anteil des Ackerlandes vorherrschend. Angebaut werden Roggen, Kartoffeln und Feldfutterpflanzen. Auf dem Dauergrünland der Bredstedt-Husumer Geest bestimmt die Mager- und Jungviehzucht die Landwirtschaft. Die W. E. Holsteinische Geest ist schon wegen ihrer besseren Verkehrslage stärker mit Industrie durchsetzt. Die größten Industriestandorte finden sich in den Räumen Rendsburg und Itzehoe, die aber ihrer Bedeutung nach einen Anspruch auf eigenständige Betrachtung haben. Hohenwestedt und Schenefeld dagegen sind Industriestandorte, die zur Struktur dieser W. E. passen.

Die Bodenverhältnisse in der Holsteinischen Geest sind fast die gleichen, wie in der Schleswiger Geest. Im Westen überwiegen die Böden mit Ackerzahlen zwischen 26 - 35. Im Osten, südlich von Neumünster, sind die Böden leistungsschwächer mit Ackerzahlen zwischen 17 - 25.

Im Norden, Osten und Westen wird diese W. E. nach naturräumlichen Gegebenheiten abgegrenzt. Im Süden, gegen Hamburg, sind die Merkmale der Abgrenzung sozialstruktureller Art.

Die Eiderniederung hebt sich als eigenständige Wirtschaftseinheit heraus. Über 65% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist Dauergrünland. Das Gebiet ist Dienstleistungsraum für die Marsch und liefert Mager- und Jungvieh für die Marsch (Fettgräsungsbetriebe). Nach seinen Verkehrsbeziehungen liegt das Gebiet im Bereich des W. B. Geest. Man könnte die Eiderniederung aber nach ihrer wirtschaftlichen Struktur und den Beziehungen zur Marsch ebenso gut zum W. B. Marsch rechnen. Der wasserwirtschaftliche Notstand würde das ebenfalls rechtfertigen.

Im "Küstenplan" (1957) ist die gesamte Eider- und Treene-Niederung in den Bereich der "benachteiligten Gebiete" mit einbezogen. Auch aus dem "Programm Nord" ergibt sich, daß eine wirtschaftsräumliche Gliederung, wie die von Otremba, besondere Regionalprobleme nicht berücksichtigt. So umfaßt das "Programm Nord" fast den gesamten Marschbereich (außer Elbmarschen), einen großen Teil der Geest (außer Holsteinischer Geest) und einen Teil Angeln. Dieser Tatbestand, der sowohl für die Wirtschaftsplanung, als auch für Raumanalysen von Bedeutung ist, ergibt sich aus keiner der vorliegenden wirtschaftsräumlichen Gliederungen.

Der W.B. Flensburg - Schleswig ist untergliedert in die W.E. Flensburg, W.E. Angeln (bis zur Schlei) und W.E. Schwansen mit Dänischem Wohld und Hüttener Bergen. Letztere Einheit reicht über den Kanal hinaus nach Süden bis in das Westensee-Gebiet hinein.

Die ausgegliederten Räume heben sich in ihrem Gefüge deutlich voneinander ab. Die W.E. Angeln unterscheidet sich von den Gebieten südlich der Schlei hauptsächlich durch die agrarsoziale Struktur. In Angeln überwiegen Mittelbetriebe (20 - 50 ha) mit einem Anteil von etwa 45%, während weiter südlich die Betriebsgröße über 50 ha vorherrscht. Beide Gebiete sind jedoch intensive Agrarräume auf der Basis einer starken Veredelungswirtschaft (Molkereiwirtschaft und Schweinezucht). Die Grundlage bilden in allen Bereichen die fruchtbaren Jungmoränenböden, mittelschwere Böden mit Ackerzahlen von 36 - 55.

Da auch hier hauptsächlich agrarstrukturelle Merkmale zugrunde gelegt werden, kommt es an einigen Stellen zu wenig überzeugenden Abgrenzungen. So erstreckt sich z.B. der Einflußbereich Kappeln heute weiter nach Süden und Osten über die Schlei hinaus. Die unter dem Einfluß Schleswigs stehenden Gemeinden Busdorf und Schuby werden zum W.B. Geest gerechnet und so von ihrem Zentrum abgetrennt.

Der W.B. Ostholstein mit den Untergliederungen Wagrien/Oldenburg, Ostseebädergürtel, Eutin/Oldesloe/Ratzeburg und Südost/Lauenburg erscheint im Gegensatz zum W.B. Flensburg-Schleswig als konstruierter Wirtschaftsbereich, der in Wirklichkeit keine Einheit bildet. Die W.E. Ostseebädergürtel von Travemünde bis Dahme bildet in diesem Bezirk den einzigen geschlossenen Wirtschaftsbereich, da hier der Fremdenverkehr hervortretendes Merkmal ist. Es wäre allerdings nicht abwegig, diesen Gürtel entlang der Küste zu erweitern, da auch in Heiligenhafen, Hohwacht, Schönberg und auf Fehmarn der Fremdenverkehr erhebliche Bedeutung besitzt. Der Fremdenverkehr ist auch in der "Holsteinischen Schweiz" bemerkenswertes Merkmal, wenn auch nicht dominant. In der Gliederung bleibt dies ganz unberücksichtigt; Plön und Eutin werden sogar zu verschiedenen W.E. gezählt.

Die W.E. Wagrien und Oldenburg mit Fehmarn wird von Otremba als Gebiet beschrieben, das durch den Großgrundbesitz geprägt wird. Die Verbreitung des Gutsdorfes wird als Abgrenzung benutzt. Die Wahl dieses Merkmals ist zu einseitig und muß deshalb zwangsläufig zu einer Diskrepanz in den Grenzbereichen, wie z.B. in der Holsteinischen Schweiz, führen.

Schlier kommt den tatsächlichen Gegebenheiten näher, wenn er Oldenburg und Fehmarn

als agrarische Gebiete mit guten landwirtschaftlichen Erträgen heraushebt. Hierzu müßte dann aber auch der nördliche Teil der Probstei gerechnet werden.

Die Ausgliederung einer W.E. Eutin/Oldesloe/Ratzeburg entspricht den tatsächlichen Gegebenheiten ebensowenig wie die Abgrenzung der nördlichen Einheiten dieses Wirtschaftsbezirkes. Aus der Beschreibung läßt sich nicht ersehen, welche Merkmale zur Abgrenzung verwendet wurden. Grundlage scheint eine etwa gleiche produktionswirtschaftliche Struktur zu sein. Gleichzeitig wird aber auf die agrarsozialen Unterschiede in der ganzen Einheit hingewiesen. Im Bereich von Oldesloe ist der Einflußbereich Hamburgs zu wenig berücksichtigt. Über Oldesloe-Reinfeld ergibt sich eine Verbindungslinie Hamburg-Lübeck, die ausgegliedert werden müßte, wenn andererseits ein Wirtschaftsbezirk Kiel-Neumünster (siehe unten) herausgestellt wird.

Eine W.E. Südost-Lauenburg wird ausgegliedert, weil hier auf leichten Böden die typische Geestwirtschaft, Roggen- und Kartoffelanbau, angetroffen wird.

Die Untergliederung des Bereichs zwischen Wagrien und Lauenburger Geest ist wegen seiner Uneinheitlichkeit schwierig, aber die einigermaßen geschlossenen Wirtschaftsräume im Spannungsfeld zwischen Hamburg und Lübeck und der durch den Fremdenverkehr bestimmten Holsteinischen Schweiz sollten nicht übersehen werden.

Ballungsräume Schleswig-Holsteins

In den Gliederungen sind für Schleswig-Holstein verschiedene Ballungsgebiete ausgewiesen. Der Raum Hamburg wird in allen Entwürfen als "Ballung" behandelt. Seine Ausdehnung wird jedoch verschieden festgelegt. Die Gliederungen von Neundörfer und Isenberg weisen extrem große Räume auf. Das liegt hauptsächlich daran, daß als Faktoren fast ausschließlich berufsstatistische Daten in Anlehnung an die Kreisgrenzen benutzt werden. Die beiden Gliederungen vermitteln in Bezug auf den Ballungsraum Hamburg einem Betrachter, der die Verhältnisse in Hamburg und Schleswig-Holstein nicht kennt, ein falsches Bild der Situation. Neundörfer bezeichnet zwar den ausgewiesenen Raum nicht ausdrücklich als "Ballungsraum", aber das ganze Gebiet ist als Region ausgewiesen, deren Schwerpunkt im tertiären Bereich der Wirtschaft - Handel, Verkehr, Dienstleistungen - liegt. Der Kreis Pinneberg wird nicht zu dieser Region hinzugerechnet. Dagegen wird Lübeck in den Hamburger Raum mit einbezogen. Isenberg bezieht den Kreis Pinneberg mit ein. Allerdings

umfaßt dieser Ballungsraum auch die Kreise Stormarn und Herzogtum Lauenburg in voller Größe. Das bedeutet, daß der Raum Hamburg bis vor die Tore Lübecks reicht. Dies ist auch eine Irreführung, denn der Einfluß Lübecks reicht ebenfalls bis in beide Kreise.

In Neundörfers Gliederung werden andere Ballungsräume nicht bezeichnet. Isenberg hebt noch die Stadtgebiete von Lübeck und Kiel als Industriezonen mit Einflußgebieten heraus. Das Einflußgebiet Lübecks reicht ganz richtig in den Kreis Eutin hinein, es fehlt jedoch der Einflußbereich nach Süden und Westen. Die Einflußzone Kiels erstreckt sich in den Dänischen Wohld und die Probstei. Diese Gebiete sind jedoch für Kiel nicht von größerer Bedeutung als z.B. Preetz, das sich zu einer Art Trabantenstadt Kiels entwickelt, hier aber gar nicht berücksichtigt wird.

Schlier hebt Flensburg und Neumünster in ihren Stadtgrenzen als Städte heraus. Kiel, Lübeck und Hamburg erhalten noch eine Umlandzone. Bei Kiel und Lübeck entspricht diese Zone etwa den bedeutenden Pendlereinzugsbereichen. Das Umland, das für Hamburg bezeichnet wird, stimmt jedoch kaum mit den Realitäten überein. Aus den Kreisen Pinneberg und Stormarn werden nämlich nur schmale Randgebiete zum Raum Hamburg hinzugenommen.

Ballungsraum Lübeck

Der Wirtschaftsbereich Lübecks wird von Schlier und Otremba fast übereinstimmend mit einem Einflußbereich nach Norden gekennzeichnet. In den Karten wirkt dieser Bereich größer, als er in Wirklichkeit ist, weil jeweils die gesamte Fläche der Großgemeinden des Kreises Eutin miteinbezogen wird. Otremba klammert die Gemeinde Timmendorferstrand aus und rechnet sie zum Ostseebädergürtel. Außerdem werden im Süden die Gemeinden Groß Grönau, Sarau, Krummesse und Klempau in den Einflußbereich einbezogen. Betrachtet man den Anteil der handwerklichen und industriellen Bevölkerung, so gehören nur Groß Grönau und Krummesse zum unmittelbaren Wirtschaftsbereich Lübecks. In diesen beiden Gemeinden sind über 65% der Erwerbspersonen Auspendler nach Lübeck, 45 - 50% sind in Industrie und Gewerbe tätig. In den weiter südlich gelegenen Gemeinden sind diese Anteile wesentlich geringer. Die Gemeinden Hamberge und Hansfelde an der westlichen Abgrenzung gehören ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach zum Bereich Lübecks, sind aber von Otremba nicht miteinbezogen. Der Haupteinflußbereich Lübecks liegt im Norden. Aus Stockelsdorf, Ratekau und Bad Schwartau kommen die meisten Einpendler nach Lübeck. Der Anteil der Aus-

pendler an der Bevölkerung ist hier jedoch niedriger als in den südlichen und westlichen Gemeinden. In diesen sehr großflächigen Gemeinden des Kreises Eutin ist der Anteil der Landwirtschaft verhältnismäßig hoch und beeinflusst die statistischen Mittelwerte. Bad Schwartau ist innerhalb dieses Bereichs selbst ein bedeutendes Einpendlerzentrum, stellt aber trotzdem den größten Anteil der Pendler nach Lübeck (Einpendler: 1 114, Auspendler: 3 639 - das sind 56% der Erwerbspersonen).

Ballungsraum Kiel-Neumünster

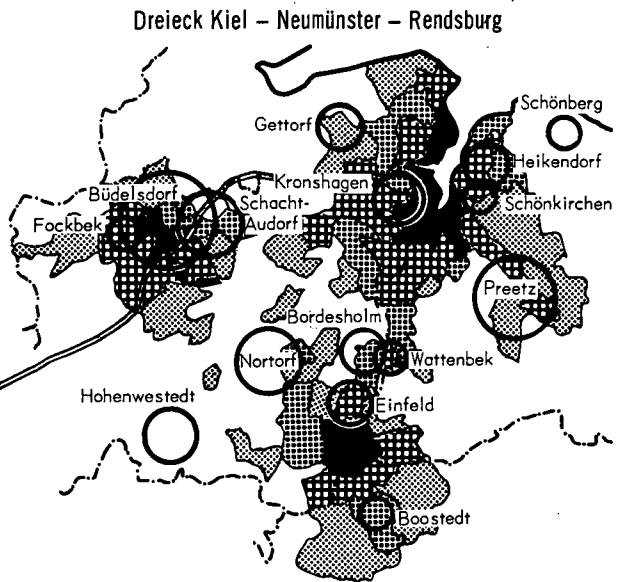
Während Otremba den Raum Kiel-Neumünster als geschlossenen Wirtschaftsbezirk behandelt, grenzt Schlier beide Stadtgebiete als selbstständige Bereiche ab.

Da das Kommunalgebiet Kiels im Gegensatz zu Lübeck sehr eng begrenzt ist, gehören Gemeinden aus den angrenzenden Kreisen eindeutig zum Kieler Einflußbereich.

Schlier grenzt diesen Bereich im Norden mit Dänischenhagen, im Osten mit Oppendorf und im Süden mit Flintbek ab. Wenn man den Einfluß Kiels als Pendlerzentrum betrachtet, kann man die nördliche Abgrenzung in Schliers Gliederung akzeptieren. Stützt man sich jedoch auf die Struktur der Gemeinden, so kann man den Bereich Kiels nicht so weit nach Norden und Osten ausdehnen, wie Schlier es tut. Oppendorf ist eine reine Agrargemeinde, in der mehr als 50% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig sind. Die Abgrenzung im Süden mit Flintbek entspricht den Gegebenheiten und den offensichtlichen Entwicklungstendenzen in Richtung Neumünster. Otremba untergliedert den Wirtschaftsbezirk in die W. E. Kiel und W. E. Neumünster mit einer dazwischenliegenden W. E. Obereidergebiet. Zur Einheit Neumünster gehören die angrenzenden Gemeinden Einfeld und Tungendorf (Norden), Gadeland und Boostedt (Süden), sowie Wasbek im Westen. Die Einbeziehung von Einfeld und Gadeland würde allerdings schon genügen, denn nur in diesen Gemeinden ist der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Gewerbe kennzeichnend (über 55% der Erwerbspersonen). Außerdem stellen beide Gemeinden den größten Teil der Auspendler (60 - 75% der Erwerbspersonen). Otrembas Abgrenzung der Kieler Einheit hält sich im Norden, Osten und Westen an die tatsächlichen Gegebenheiten, während im Süden der Einflußbereich nicht weit genug gefaßt zu sein scheint. Von Neumünster aus ist durch Einfeld die Entwicklungstendenz in Richtung Kiel gegeben. Flintbek zeigt die gleiche Struktur und die gleichen Verflechtungsbeziehungen und könnte deshalb in die Einheit Kiel einbezogen werden. In Fortsetzung dieser "Entwicklungsspitzen" entlang der Bahnlinie

und der B 4 zeigt sich über Bordesholm eine schmale Verdichtungszone der Wirtschaft. Diese Entwicklung an der Verkehrsverbindung Kiel-Neumünster wird in der Gliederung überhaupt nicht berücksichtigt, da die W.E. Obereidergebiet dazwischengeschoben ist. Dieses Gebiet existiert als engbegrenzter Naturraum, wirtschaftsräumlich hat sich hier jedoch keine Einheit gebildet. Es ist deshalb nicht richtig, diesen Bereich als selbständige Wirtschaftseinheit aus dem W. B. Kiel-Neumünster auszuklammern. Eine Möglichkeit, dieses Gebiet mit einzubeziehen, ergäbe sich, wenn man statt der Zweierbeziehung Kiel-Neumünster ein wirtschaftsräumliches Dreieck Kiel - Neumünster - Rendsburg herausheben würde.

Hierbei würden dann das Obereidergebiet wie auch der Westenseebereich als Naherholungsgebiete in den Wirtschaftsraum einbezogen. Die Ausgliederung eines solchen Dreiecks ist nicht abwegig, denn Rendsburg ist, wie Neumünster, Zentrum für über 6 000 Einpendler. Die Einzugsgebiete Rendsburgs und Kiels berühren sich im Bereich der Gemeinden Emkendorf und Westensee. Eine Verbindung zwischen Rendsburg und Neumünster schafft Nortorf als Zentrum von rund 600 Einpendlern. Die günstigen Verkehrsverbindungen unterstützen eine wirtschaftliche Zusammengehörigkeit innerhalb dieses Dreiecks: die Hauptbahnlinien Hamburg-Kiel/Flensburg, die Nebenlinien Kiel-Husum und die Bundesstraßen 4, 205 (E 3) und 202.



Beschäftigte im produzierenden Gewerbe		Auspendler in % der Erwerbstätigen	
	3 000 - 4 000		30 - 40 %
	2 000 - 3 000		
	1 000 - 2 000		40 - 50 %
	500 - 1 000		
	250 - 500		über 50 %
Einpendler			
Kiel	57 220	Kiel	23 105
Neumünster	19 087	Neumünster	6 119
Rendsburg	7 473	Rendsburg	6 500

Außer Flensburg mit einigen angrenzenden Gemeinden werden in der Gliederung für Schleswig-Holstein keine weiteren "Ballungsgebiete" ausgegliedert. Bei der Heraushebung weiterer Zentralisationsbereiche würde die Gefahr bestehen, zu viele kleine Wirtschaftseinheiten zu erhalten. Durch die Beschränkung werden aber einige wirtschaftlich eigenständige Gebiete, wie z. B. die Bereiche von Rendsburg, Heide oder Itzehoe nicht berücksichtigt. Zu erklären ist dies aus der Tatsache, daß bei den vorher aufgezählten Ballungsgebieten die funktionalen Merkmale eine große Rolle spielten. Bei der Gliederung des übrigen Raumes wurde jedoch hauptsächlich auf strukturelle Gesichtspunkte, wie z. B. Beschäftigtengliederung, Anteil von Landwirtschaft und Industrie Wert gelegt.

Ballungsraum Hamburg

Hamburg und Schleswig-Holstein sind wirtschaftlich voneinander abhängig und stehen unter starkem gegenseitigen Einfluß. Besonders deutlich wird dies in den Grenzbereichen. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich in den Kreisen der Randzone die Bevölkerung erheblich verdichtet. Bis 1958 waren es Zunahmen zwischen 70% (Kreis Segeberg) und 97% (Kreis Stormarn) gegenüber 1939. Die Zahl der Berufspendler nach Hamburg nahm entsprechend zu. 1939 waren es 16 500, 1957 dagegen 61 600. Der Wirtschaftsbezirk Hamburg, wie er von Otremba ausgewiesen wird, umfaßt Gebiete aus allen vier Kreisen Schleswig-Holsteins, die an Hamburg grenzen. Dieser W. B. Hamburg entspricht von allen Gliederungen am ehesten den tatsächlichen Gegebenheiten des Hamburger Raumes.

Da hier u. a. der Pendelverkehr von erheblicher Bedeutung ist, hat Otremba bei der Abgrenzung dieses Wirtschaftsbezirks vorwiegend funktionale Merkmale herangezogen. Dadurch wird die Gliederung im westlichen Bereich der wirklichen Situation gerecht. Im östlichen Teil des Hamburger Raumes wird diese Methode jedoch nicht konsequent weitergeführt und es ergeben sich Diskrepanzen. Bei der Betrachtung des Wirtschaftsraumes im Grenzbereich Hamburg/Schleswig-Holstein ist es deshalb notwendig, andere Untersuchungen hinzuzuziehen. Von besonderem Interesse ist das Planungsprogramm des "Gemeinsamen Landesplanungsrates Hamburg/Schleswig-Holstein". Hier werden vier sogenannte "Aufbauachsen" zugrunde gelegt, die ungefähr den Verkehrsbändern entsprechen, die von Hamburg ausgehen. Die Achsenendpunkte sollen zu vollen Trabanten (mindestens 50 000 Einwohner) mit ausreichenden industriellen Arbeitsplätzen und eigenem Gewerbesteueraufkommen ausgebaut werden, um dem Sog der Ballung entgegenzuwirken.

Aus diesem Grunde werden auch keine ringförmigen Entwicklungszonen wie z. B. beim "Greater-London-Plan" angelegt; das Zentrum wäre bei solch einer Planung oberster Bezugspunkt, die Umlandzone dagegen nur abhängig vom Zentrum. Entlang der Achsen sollen der Planung nach industrielle Standorte und Baugebiete weiterentwickelt werden. Die Gebiete zwischen den Achsen, die bisher nur wenig verstädert sind und eine geringe Zuwachsqute der Bevölkerung aufweisen, sollen in ihrer jetzigen Struktur erhalten bleiben.

Dem Bereich der Aufbauachse Pinneberg-Uetersen-Elmshorn entspricht ungefähr der westliche Teil der von Otremba ausgegliederten W. E. Pinneberg-Elmshorn. Den Elbmarschen von Haseldorf-Seestermühle wird offensichtlich keine funktionale Beziehung zum Raum Pinneberg-Elmshorn zuerkannt. Sie werden wahrscheinlich wegen des intensiven Obstbaues als eigene Wirtschaftseinheit innerhalb des W. B. Hamburg ausgeklammert. Die Gemeinden Wedel und Schenefeld werden in die W. E. Hamburg-Stadt einbezogen. Die Planungsachse verläuft entlang der Hauptbahnlinie Hamburg-Kiel/Flensburg und der Bundesstraße 5. Die Wirtschafts- und Wohngebiete entlang der Achse werden durch landwirtschaftlich genutzte Streifen voneinander getrennt (hauptsächlich Baumschulen). Elmshorn gilt als Endpunkt der Achse und soll als solcher besonders ausgebaut werden.

Wedel, als südlichster Teil des Kreises Pinneberg, wird mit zu diesem Bereich gerechnet, ebenso Horst im nördlichen Teil. In allen Gemeinden dieses Gebietes sind durchschnittlich 40% der Erwerbspersonen in Industrie und Handwerk beschäftigt.

Die "Karte der Gemeindetypen" im Landesplanungsatlas weist nach der Struktur der Arbeitsbevölkerung die größeren Gemeinden dieser Achse als ausgesprochene Gewerbege-

meinden aus. Die drei Gemeinden Tornesch, Appen und Moorrege, die zwischen Uetersen und Pinneberg liegen, sind ländliche Gewerbgemeinden, während Halstenbek und Rellingen (an das Stadtgebiet Hamburgs angrenzend) durch die Baumschulen zu fast reinen Agrargemeinden werden. Schon durch die Beschäftigtenstruktur hebt sich also dieser Bereich heraus und läßt auf den starken Einfluß Hamburgs schließen. Auffallend ist weiterhin die Bevölkerungsdichte. Pinneberg, Uetersen und Elmshorn haben eine Dichte von 1 300 bis 2 000 E/qkm. In den dazwischenliegenden Gemeinden nimmt die Dichte nach Norden hin ab. Südlich von Pinneberg sind es 500 - 1 000 E/qkm, nördlich 200 - 500 E/qkm. Doch ist im ganzen Bereich eine deutliche Konzentration festzustellen, im Gegensatz zu dem Gebiet, das diese Achse von der nächsten trennt.

Die Verkehrsbeziehungen des Kreises Pinneberg sind sehr günstig. Das gesamte Gebiet liegt noch im Bereich der 60 - 90 Min. Isochrone von Hamburg (Hauptbahnhof und Altona), entlang der Linie Pinneberg-Elmshorn im Bereich der 40 - 60 Min. Isochrone. Die Pendler der größeren Orte entlang dieser Linie haben sogar nur einen Anfahrtsweg von 20 - 40 Minuten. Aus der gleichen Karte läßt sich auch die verkehrsgünstige Lage von Elmshorn ablesen. Der Hauptträger des Verkehrs ist die Bahn; Omnibusverkehr ist nur nach Pinneberg und Uetersen von Bedeutung.

Für die Abgrenzung des Einflußbereiches von Hamburg ist besonders der Berufspendleranteil von Bedeutung, denn die Zahl der Auspendler nimmt von Süden nach Norden erheblich ab. Im Bereich Pinneberg sind es rund 55% der Erwerbstätigen, im Gebiet Uetersen/Tornesch/Elmshorn rund 45% und in Horst schließlich nur noch 35%. Drei wichtige Einpendlerzentren liegen innerhalb der Achse: Pinneberg, Uetersen und Elmshorn mit jeweils mehr als 1 500 Einpendlern.

Der östliche Teil der W. E. Pinneberg-Elms-
horn entspricht ebenfalls weitgehend einer Auf-
bauachse, und zwar der Achse mit dem End-
punkt Kaltenkirchen. Diese Achse wird im
Osten begrenzt vom Verlauf der Alster-Nord-
bahn und der Bundesstraße 433. Im Westen
verläuft die Bahnlinie Altona-Kaltenkirchen-
Neumünster, außerdem auf neuer Trasse die
B 4 (E 3). Die Planung sieht Kaltenkirchen als
geeignet an, sich als echter Trabant mit wirt-
schaftlicher Selbständigkeit zu entwickeln.
Außerdem soll der mittlere Gebietsteil um
Falkenberg, Heidberg und Friedrichsgabe plan-
mäßig weiterentwickelt werden.

Dieser Bereich hebt sich als deutliches Band von Gemeinden ab, in denen von 100 Erwerbspersonen durchschnittlich mehr als 45 in In-



dustrie und Handwerk beschäftigt sind. Nach Gemeindetypen betrachtet, finden sich in diesem Gebiet überwiegend Gewerbe- und Dienstleistungsgemeinden. Der Anteil der Beschäftigten in der Industrie ähnelt dem im Bereich Pinneberg-Elmshorn. Allerdings liegt die Anzahl der Erwerbstätigen in den Gemeinden des Gebiets Ochsenzoll-Kaltenkirchen doch noch wesentlich niedriger.

Die Bevölkerungsdichte ist ebenfalls geringer. Einige Gemeinden haben nur eine Dichte von rund 50 E/qkm, die meisten eine solche von 200 - 250 E/qkm. Friedrichsgabe und Garstedt mit 487 und 551 E/qkm und Harksheide mit 819 E/qkm weisen die größte Dichte auf. Ganz im Gegensatz zur Achse Pinneberg-Elmshorn haben sämtliche Gemeinden zwischen Ochsenzoll und Kaltenkirchen gegenüber 1939 eine Bevölkerungszunahme von über 100% zu verzeichnen. Dies ist das auffälligste Merkmal und beweist, daß dieses Gebiet sich als Wirtschaftseinheit herauskristallisiert.

Die Verkehrsbeziehungen dieser Gemeinden zu Hamburg sind recht günstig. Der östliche und westliche Teil der Achse (Harksheide und Quickborn) liegen im Bereich der 40 - 60 Min. Isochrone, der mittlere und nördliche Teil im 60 - 90 Minuten-Bereich. Im Verhältnis zum Bahnverkehr auf beiden Linien spielt der Busverkehr, ebenfalls auf beiden Linien, eine erhebliche Rolle.

Die Zahl der Auspendler nach Hamburg macht sich in diesen Gebieten wesentlich stärker bemerkbar als in der westlichen Achse. In Garstedt und Harksheide sind es über 65%, in den anderen Gemeinden weiter nördlich etwa 45%, in Kaltenkirchen jedoch weniger als 30% der Erwerbstätigen.

Die Hauptpendlerbewegung geht natürlich nach Hamburg, aber auch innerhalb der Achse lassen sich Pendlerzentren feststellen: Ulzburg, Kaltenkirchen und Quickborn mit durchschnittlich 700 Einpendlern, Harksheide mit 1 200 und Garstedt mit 1 500 Einpendlern.

Obwohl die Achse Ochsenzoll-Kaltenkirchen in der Entwicklung weiter zurück liegt, ähneln sich beide bisher beschriebenen Bereiche in ihrer Struktur und den funktionalen Verflechtungen. Otremba hat wahrscheinlich aus diesem Grunde beide Bereiche zur W. E. Pinneberg-Elmshorn zusammengefaßt.

Das Gebiet der beiden östlichen Aufbauachsen zeigt keine Ähnlichkeit mit den von Otremba ausgegliederten Räumen. Otremba läßt die Entwicklungstendenz von Hamburg über Ahrensburg, Bargteheide, Oldesloe unberücksichtigt.

Die Planungsachse Hamburg-Oldesloe wird erschlossen durch die parallelen Verkehrsbänder Bundesautobahn, B 75 und die Bahnstrecke nach

Lübeck. Ahrensburg und Großhansdorf liegen sehr verkehrsgünstig zu Hamburg, das dadurch einen starken Einfluß ausübt. In diesen Gemeinden sind 35 - 45% der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk und 25% in Handel und Verkehr beschäftigt. Nach Norden schließt sich in Richtung auf Oldesloe ein Gebiet an, das stärker landwirtschaftlich genutzt wird. Außer Bargteheide sind in diesem Bereich nur Gemeinden zu finden, in denen 25 - 50% der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind. Oldesloe ist wirtschaftlich überwiegend bestimmt von der zentralen Funktion als Kreisstadt in einem rein ländlichen Einzugsgebiet.

Die Bevölkerungsdichte entspricht der Dreiteilung des Bereichs. Ahrensburg hat eine Bevölkerungsdichte von 700 E/qkm. Weiter nördlich schließt Bargteheide mit 360 E/qkm an. Es folgt ein breiter Gürtel mit einer Dichte unter 100 E/qkm. Mit etwa der gleichen Dichte wie Bargteheide grenzt Oldesloe an diesen Gürtel.

Hauptverkehrsträger ist die Bahn. Von besonderer Bedeutung für die Bevölkerungsdichte und hohe Auspendlerzahl ist der über Ahrensburg nach Großhansdorf führende Zweig der Walddörferbahn. Ein verstärkter Busverkehr ist auf der Linie Ahrensburg-Oldesloe zu verzeichnen, dagegen nicht von Ahrensburg nach Hamburg.

Ahrensburg und Bargteheide liegen noch im Bereich der 40 - 60 Min. Isochrone von Hamburg. Von Bad Oldesloe aus beträgt der Anfahrtsweg nach Hamburg dagegen 60 - 90 Minuten und vom gleichen Gebiet aus nach Lübeck 40 - 60 Minuten.

Der Bereich, in dem 50 - 75% der Erwerbstätigen Auspendler nach Hamburg sind, erstreckt sich bis Bargteheide, während aus Bad Oldesloe nur 25% nach Hamburg einpendeln. Ahrensburg und Bad Oldesloe sind selbst bedeutende Einpendlerzentren mit rund 2 000 Einpendlern.

Diese Aufbauachse unterscheidet sich in ihrer demographischen und wirtschaftlichen Situation wesentlich von den beiden westlichen Achsen: Mit Industrie und Gewerbe ist das Gebiet nur ungleichmäßig durchdrungen und die Bevölkerungsdichte ist uneinheitlich. Eine Besonderheit liegt außerdem darin, daß dieser Raum zwischen den Wirtschaftsgebieten Hamburgs und Lübecks eingespannt ist. Oldesloe wird von der Planung als zu fördernder Endpunkt der Achse angesehen, weil sich beide Einflußbereiche hier berühren, mit deutlichem Übergewicht des Hamburger Einflusses. Nach Hamburg sind es rund 1 000 Auspendler, nach Lübeck dagegen nur etwa 200, obwohl die Anfahrtszeit geringer ist.

Ähnlich der Achse Hamburg-Oldesloe ist auch die Situation im Bereich Bergedorf-Schwarzenbek-Geesthacht. Die Achse Bergedorf, Glinde, Reinbek, Wentorf, Wohltorf und Endpunkt Schwarzenbek hat als Verkehrsader die Bahnlinie Hamburg-Büchen-Berlin und die B 207. Diese Gebiete im Billetal und Sachsenwald sind landschaftlich bevorzugte Wohngebiete und zugleich Naherholungsgebiete. Dieser Charakter soll erhalten bleiben. Orte mit wirtschaftlicher Bedeutung sind im näheren Randgebiet Hamburgs Glinde, Reinbek, Wentorf, sowie der Endpunkt Schwarzenbek. In Schwarzenbek sind über 55% der Erwerbstätigen in Industrie und Gewerbe beschäftigt. In Hamburgs näherem Bereich liegt der Schwerpunkt bei den Dienstleistungsbetrieben.

Die Bevölkerungsdichte ist in diesen beiden südöstlichen Bereichen wesentlich höher (durchschnittlich 400 E/qkm) als im Gebiet Hamburg-Oldesloe (200 E/qkm). Begründet ist dies durch das enge Zusammenliegen der Ortschaften und die relativ geringe Entfernung nach Hamburg.

Die Zahl der Auspendler nach Hamburg ist unterschiedlich. Von Glinde, Reinbek und Wentorf sind es 55 - 75% der Erwerbstätigen. In Schwarzenbek, das selbst Einpendlerzentrum ist, nur 37%.

Innerhalb der Achse liegen vier wichtige Einpendlerzentren: Schwarzenbek, Reinbek, Geesthacht mit rund 1 000 und Glinde mit rund 1 800 Einpendlern.

Der südöstliche Teil dieser Achse umfaßt hauptsächlich Geesthacht, das durch die B 5, Hamburg-Lauenburg, dem Verkehr aufgeschlossen wird.

Die Gebiete, die bis 1957 rein landwirtschaftlich genutzt wurden, sollen der Planung nach in ihrer Struktur erhalten bleiben. Geesthacht dagegen soll weiterentwickelt werden, um es

wirtschaftlich selbständig zu machen und dadurch einen Rückgang der Pendlerzahlen zu bewirken. Die Zahl der Auspendler war 1960/61 rund 1 000. Das sind 33% der Erwerbstätigen, also wesentlich mehr als in den anderen Achsenendpunkten.

Die Gliederung von Otremba erfaßt in der Wirtschaftseinheit Südstormarn einen Teil der Gebiete der östlichen drei Aufbauachsen. Allerdings werden die wichtigsten Industriestandorte und Pendlereinzugsbereiche wie Ahrensburg, Glinde, Reinbek und Wentorf in die Wirtschaftseinheit Hamburg-Stadt einbezogen. Dies mag sowohl durch die Wirtschaftsstruktur als auch durch die Verflechtungsbeziehungen zu begründen sein, da im Westen auch Wedel und Schönefeld mit einbezogen werden. Inkonsequent erscheint es dagegen, daß weder Bargteheide noch Oldesloe zu dieser Wirtschaftseinheit gezählt werden, obwohl im Norden bei Kaltenkirchen ganz offensichtlich auf die sich strahlenförmig ausdehnende Entwicklung Rücksicht genommen wird. Geesthacht und Schwarzenbek sind mit einbezogen, aber gleichzeitig werden zu dieser Einheit solche Gemeinden wie Siek und Papendorf (nördlich des Sachsenwaldes) sowie Hamwarde und Gülzow (nördlich von Geesthacht) gezählt, die nicht im gleichen Maße zum Einflußbereich Hamburgs gehören.

Die W. E. Südstormarn ist im Osten offensichtlich zu weit gefaßt und berücksichtigt nicht, wie z. B. in der W. E. Pinneberg-Elmshorn, die strahlenförmige Entwicklung des Hamburger Umlandes. Ein Ansatz dazu zeigt sich in der Einbeziehung von Glinde, Reinbek und Ahrensburg in das Hamburger Stadtgebiet. Die Fortsetzung der "Strahlen" fehlt jedoch, wahrscheinlich weil die Weiterentwicklung nicht gleichförmig nach Nordosten und Osten hin zu verfolgen ist.

Jutta Deberg

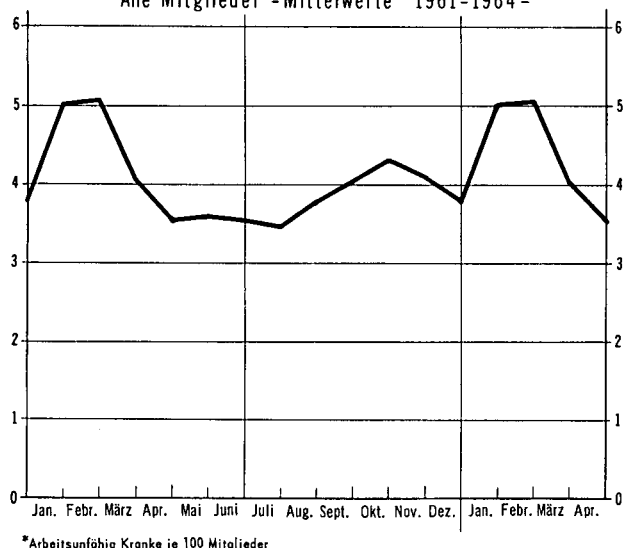
Der Krankenstand von 1949 bis 1964

Die arbeitsunfähig kranken Mitglieder (ohne Rentner) werden von den Krankenkassen am Ersten eines jeden Monats ausgezählt und im Verhältnis zur Mitgliederzahl als Krankenstand ausgewiesen. Die folgende Abhandlung beschränkt sich auf die landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins, deren Mitgliederbestand sich zu dem der bundesunmittelbaren wie 3:1 verhält.

Die monatliche Entwicklung des Krankenstandes zeichnet sich durch eine typische Grundform

aus (Bild 1). Nach Erreichung eines Maximalwertes Anfang Februar oder März vermindern sich die Meldungen von arbeitsunfähig kranken Mitgliedern bis Juli und steigen dann bis zum Januar des folgenden Jahres wieder an, wobei der sonst stetige Anstieg durch ein "Weihnachtstief" unterbrochen wird. Dieser Rhythmus beruht auf klimatisch-biologischen und rationalen Ursachen. Der starke Rückgang der Krankmeldungen im Sommerhalbjahr wird offensichtlich vom Wetter und von der Ernährung bewirkt, die nur kurz andauernde und

Der Krankenstand* in der sozialen Krankenversicherung Alle Mitglieder - Mittelwerte 1961-1964 -



nicht so nachhaltige Senkung zu Weihnachten und Neujahr vornehmlich durch Umstände, die mit dem Auftreten von Krankheiten nichts zu tun haben.

Die folgenden Ausführungen sollen die Entwicklung des Krankenstandes über 15 Jahre hin, also von der Währungsreform ab, aufzeigen. Aus Bild 2 ist ersichtlich, daß der Krankenstand zunächst bis 1952 gleichmäßig niedrig bleibt, dann bis 1961 stetig gestiegen ist und seit 1962 wieder absinkt.

Der statistischen Erfassung liegt stets die Feststellung des Arztes zugrunde, daß das Kassenmitglied "arbeitsunfähig krank" ist. Welche tieferen Ursachen - zunehmende Anfälligkeit, stärkere gesundheitliche Beanspruchung im Arbeitsprozeß, Veränderung der

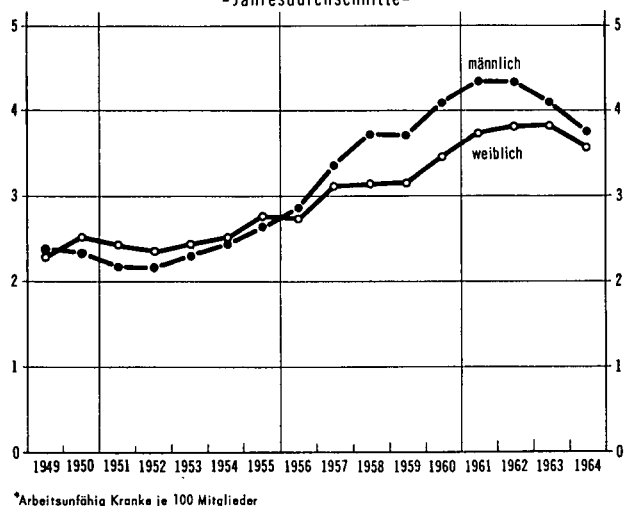
Altersstruktur der Beschäftigten, veränderte Einstellung zum Kranksein, veränderte Einstellung zur Arbeit - den Anstieg seit 1952 ausgelöst und zu einer kontinuierlichen Erhöhung des Krankenstandes und dann zu einem Absinken geführt haben, läßt die Statistik nicht erkennen. Ebenso wenig läßt sich feststellen, ob mehrere Ursachen zusammengewirkt haben und wie nachhaltig sich die eine oder andere ausgewirkt hat.

Die Ausschöpfung der Arbeitsmarktreserven kann sich auf die Erhöhung des Krankenstandes dadurch ausgewirkt haben, daß auch solche Arbeitskräfte eingestellt worden sind, die gesundheitlich anfälliger sind und nun die Zahl der Krankmeldungen vergrößern. Die stärkere Heranziehung von Frauen in Voll- und Halbtagsbeschäftigung hat offensichtlich keinen Anlaß zur Zunahme der Krankmeldungen gegeben, denn der Krankenstand der weiblichen Mitglieder, der zunächst über dem der männlichen Mitglieder lag, hat sich seit 1956 beachtlich unter dem der Männer gehalten. In welcher Richtung sich die Beschäftigung von Fremdarbeitern auf den Krankenstand ausgewirkt hat, ist nicht bekannt, da diese in der Krankenversicherungstatistik keine besondere Gruppe bilden.

Im Anschluß an die Gesetzgebung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall ist behauptet worden, daß sie die Entwicklung des Krankenstandes ungünstig beeinflusst habe. Durch das sogenannte Krankengeldzuschußgesetz, das am 1.7.1957 in Kraft getreten ist, sind die Wartezeiten eingeschränkt und das Krankengeld für die ersten sechs Wochen der Arbeitsunfähigkeit erhöht worden. Außerdem wurden die Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeiter im Krankheitsfälle einen Zuschuß in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Krankengeld und 90% des Netto-Arbeitsentgelts zu gewähren. Durch die am 1.8.1961 in Kraft getretene Novelle ist unter anderem der Zuschuß des Arbeitgebers so erhöht worden, daß der Arbeiter in den ersten sechs Wochen der Krankheit das volle Netto-Arbeitsentgelt erhält. Damit sei eine Sperre beseitigt worden, die die Arbeiter bisher abgehalten habe, krank zu "feiern". Sie gäben nunmehr einer Leichterkrankung oder einem Ruhebedürfnis unbedenklich nach und schädigten so Krankenkassen und Arbeitgeber, während sie selbst keinen finanziellen Schaden mehr erleiden.

Zum Beweise wurde die Entwicklung des zweiten Halbjahres 1957 und des ersten Halbjahres 1958 angeführt; damals war tatsächlich der Krankenstand auffällig gestiegen. In jede dieser Zeitspannen fiel jedoch eine ausgeprägte Grippewelle, die den Krankenstand aus echten medizinischen Gründen hochschnellen ließ.

Der Krankenstand* aller Mitglieder - Jahresdurchschnitte -



Diese bequeme Art der Argumentation kann selbstverständlich nicht überzeugen und ist auch wohl nicht ernsthaft beibehalten worden, obwohl sie immer noch als Begründung für die Erweiterung des vertrauensärztlichen Dienstes und die Einführung der Selbstbeteiligung an den Krankenkosten herhalten muß. Es erhebt sich vielmehr die Frage, wie die auf die Jahre 1957 und 1961 folgende Entwicklung des Krankenstandes zu beurteilen ist, nachdem sie in einem größeren zeitlichen Zusammenhang erscheint.

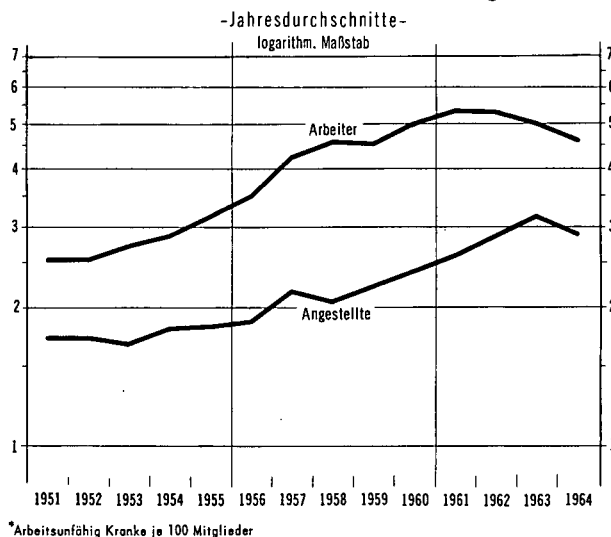
Die Gesetze über die wirtschaftliche Sicherstellung im Krankheitsfalle haben nur den Status der Arbeiter verändert, indem sie deren finanzielle Versorgung bei Krankheit der der Angestellten gleichgestellt haben. Etwaige Zusammenhänge dieser Gesetze mit dem Krankenstand müßten sich daher im Kreise der Arbeiter ausgewirkt haben. Um die Entwicklung des Krankenstandes dieser Berufsgruppe aufzeigen zu können, müssen also die übrigen Mitglieder ausgeschieden werden.

In Bild 1 und 2 und den diesbezüglichen Ausführungen war von dem Krankenstand aller Mitglieder der sozialen Krankenversicherung die Rede. Hierzu gehören nicht nur die Arbeiter und unter bestimmten Voraussetzungen auch Angestellte, Hausgewerbetreibende und selbständig Erwerbstätige als sogenannte Pflichtmitglieder, sondern auch die freiwillig Versicherten, die sich hauptsächlich aus früheren Pflichtmitgliedern rekrutieren. Die Rentenbezieher und -bewerber der gesetzlichen Rentenversicherung scheiden für die Betrachtung des Krankenstandes von vornherein aus, weil sie nicht "arbeitsunfähig krank" sein können. Die 767 000 Pflichtmitglieder, Rentner und freiwilligen Mitglieder der Pflichtkrankenkassen Schleswig-Holsteins standen 1957, also in der Mitte des Beobachtungszeitraumes, zueinander im Verhältnis von etwa 7:3:2; an diesem Verhältnis hat sich im Beobachtungszeitraum nicht viel geändert.

Es gilt nun, aus dem Kreis der Pflichtmitglieder die Gruppe der Arbeiter herauszuschälen, die von allen Pflichtmitgliedern etwa 85% ausmachen. Zu diesem Zweck werden in Bild 3 die Entwicklungskurven des Krankenstandes der Arbeiter und der Angestellten getrennt wiedergegeben. Die Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen, d.h. mit Anspruch auf Krankengeld (und Krankengeldzuschuß durch den Arbeitgeber) sind die Arbeiter, die Pflichtmitglieder ohne sofortigen Barleistungsanspruch können den Angestellten gleichgesetzt werden. Man sieht, daß beide Kurven in großen Zügen den gleichen Verlauf wie die aller Mitglieder genommen haben; sie sind bereits seit 1952 bzw. 1953 angestiegen und sinken seit 1961 bzw. 1963 wieder.

D - 3503

Der Krankenstand* der Arbeiter und Angestellten



Da die Statistik die Ursachen der Auf- und Abwärtsentwicklung des Krankenstandes nicht erkennen läßt, soll der Versuch gemacht werden, aus einem Vergleich der Arbeiter und Angestellten Schlüsse auf das Vorhandensein besonderer, krankmeldungsfördernder Umstände bei den Arbeitern zu ziehen. Beide Gruppen unterliegen ja langfristig den gleichen biologischen Bedingungen, und ihre Krankenstandskurven müßten daher, in bestimmter Relation zueinander, in annähernd gleichen Bahnen verlaufen. In Bild 3 sind zwei Fakten zu erkennen:

1. der Krankenstand der Arbeiter liegt stets über dem der Angestellten,
2. er hat von 1952 bis 1961 stärker als der der Angestellten zugenommen (der Abstand der Kurven voneinander vergrößerte sich).

Das erste Faktum ist leicht erklärlich. In der Statistik werden nur die vom Arzt bescheinigten Krankmeldungen gezählt. Da nun der Angestellte bis zu drei Tagen krank sein (oder krank feiern) kann, ohne eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen, schlagen eine ganze Reihe von Ausfällen bei den Angestellten statistisch nicht zu Buch. Der Arbeiter hat jedoch auch unter den gegenwärtigen rechtlichen Verhältnissen einen Verdienstausschlag, wenn er nicht vom ersten Tage seines Fernbleibens ab eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung des Arztes vorlegt. Alle kurzen Krankheiten, die beim Angestellten in der Statistik der Krankmeldungen nicht zählen, werden also beim Arbeiter mitgezählt und erhöhen daher den Krankenstand dieser Gruppe. Da das Ausmaß der kurzfristigen Erkrankungen nicht bekannt ist, läßt sich der Krankenstand auch nicht nachträglich rechnerisch vergleichbar machen.

Das zweite Faktum beruht auf unbekannten Ursachen.

Der in Bild 3 verwendete logarithmische Maßstab läßt Anstiege, die relativ gleich stark sind, als parallele Kurven erscheinen. Ist der obere Anstieg relativ stärker gewesen als der untere, entfernen sich die Kurven voneinander. Nur dieses Verhalten berechtigt beim Krankenstand, der ein relativer Wert ist (Krankmeldungen je 100 Mitglieder), zu der Aussage, ein Anstieg sei größer gewesen als der andere. Beide Kurven sind im Beobachtungszeitraum offensichtlich auseinandergefahren, der Krankenstand der Arbeiter hat von 1952 bis 1961 tatsächlich stärker zugenommen als der der Angestellten.

Da der Trend zur Überhöhung des Krankenstandes der Arbeiter aber bereits 1952 eingesetzt hat, kann die Ursache des Anstiegs nicht allein in den sozialpolitischen Maßnahmen der Jahre 1957 und 1961 gelegen haben. Die Ursachen, die lediglich den Krankenstand der Arbeiter beeinflusst haben, waren vielmehr, und zwar zum größten Teil, schon seit 1952 wirksam.

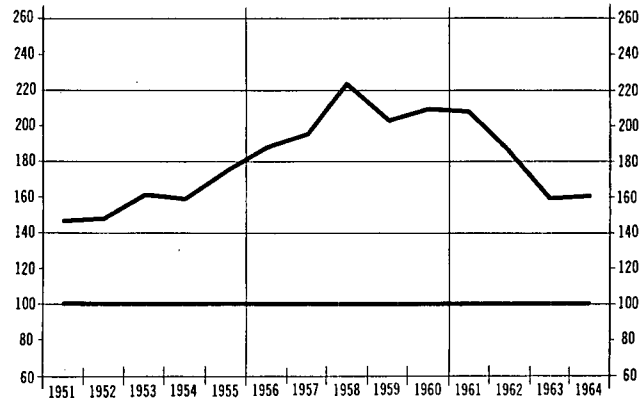
Niemand kennt das - beim oben beschriebenen statistisch-methodischen Unterschied - "richtige" Verhältnis der Krankenstände der Angestellten und Arbeiter zueinander. Es läßt sich durchaus behaupten, die Arbeiter hätten früher, wegen des Verdienstauffalls, manche kleine Krankheit unterdrückt, mit der der Angestellte schon zu Hause blieb, und sie nahmen erst seit 1952 langsam mit ihrem steigenden Wohlstand dieselben Krankmeldungsgehnheiten an wie die Angestellten.

Wenn nun die Maßnahmen der Jahre 1957 und 1961 einen Einfluß auf den Krankenstand gehabt haben sollen, dann muß die Kurve der Arbeiter zur entsprechenden Zeit noch stärker angestiegen sein, als es durchschnittlich seit 1952 sowieso der Fall war. Um dies zu zeigen, sind in Bild 4 alle Werte der Arbeiter in Prozent der entsprechenden Werte der Angestellten ausgedrückt worden. Bildhaft gesprochen: die Kurve der Angestellten aus Bild 3 ist zu einer Geraden (= 100%) gemacht und die Arbeiterkurve unter Wahrung der Abstände darübergezogen worden. Dadurch läßt sich jetzt jede Besonderheit der Entwicklung bei den Arbeitern gegenüber der Entwicklung bei den Angestellten direkt erkennen. Folgeerscheinungen der gesetzlichen Maßnahmen in den Jahren 1957 und 1961 müßten, da sie nur die Arbeiter betrafen, im Verlauf ihrer Krankenskandskurve als solche Besonderheiten ersichtlich sein.

Der Krankenstand der Arbeiter hat sich von 1951 bis 1960 sehr stetig über den der Angestellten erhoben. Der gleichmäßige Verlauf ist lediglich 1953 und 1958 durch je eine besondere Spitze unterbrochen. Die Überhöhung des Jahres

D - 3504

Der relative Krankenstand* der Arbeiter
Krankenstand der Angestellten = 100
- Jahresdurchschnitte -



* Arbeitsunfähig Kranke je 100 Mitglieder

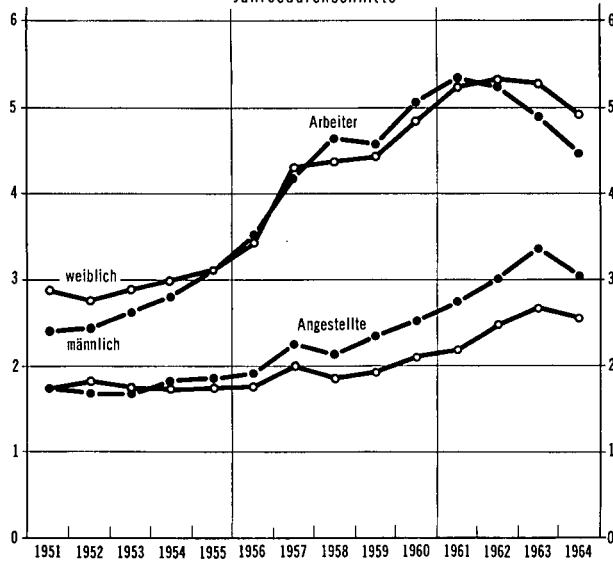
1953 ist vermutlich, wie ein Blick auf Bild 3 zeigt, indirekt durch eine Senkung bei den Angestellten verursacht. Die Spitze von 1958 fällt dagegen in die Zeit nach dem Erlaß des Krankengeldzuschußgesetzes und kann somit ihre Entstehung den Auswirkungen des Gesetzes verdanken. Die zeitliche Aufeinanderfolge läßt den Schluß zu, daß beide Ereignisse miteinander im Zusammenhang stehen. Da andere Ursachen für das stärkere Ansteigen des Krankenstandes der Arbeiter nicht bekannt sind - auch hier kann allerdings das gleichzeitige Absinken der Angestelltenkurve die relative Anhebung bei den Arbeitern mitbewirkt haben -, ist es möglich, daß das Gesetz von 1957 die Ursache für den überproportionalen Anstieg des Krankenstandes im Jahre 1958 bildet.

Bereits 1959 hat sich aber die Abweichung wieder in den normalen, langfristigen Aufwärtstrend einreguliert; sie ist also nur von kurzer Dauer gewesen. Sie hat auch während ihres Bestehens quantitativ durchaus kein erschütterndes Ausmaß angenommen. Weder der Haushalt der Krankenkassen noch der der Arbeitgeber ist von dieser Erscheinung gefährdet worden.

Der höchste Krankenstand der Arbeiter - gemessen am Krankenstand der Angestellten - wird nun 1960 erreicht. Nach 1961 aber sinkt der Krankenstand der Arbeiter im Verhältnis zu dem der Angestellten plötzlich ab, und zwar so stark, daß 1963 zwischen dem Krankenstand der Arbeiter und dem der Angestellten wieder die gleiche Relation wie 10 Jahre zuvor herrscht. Diese Erscheinung, obwohl auffallender als der allmähliche Anstieg bis 1960, ist bisher nicht publiziert worden. Eine über zehn Jahre andauernde Entwicklung ist damit innerhalb von zwei Jahren aufgehoben worden, ohne daß es möglich wäre, die Gründe dafür anzugeben.

Der Krankenstand* der männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten

- Jahresdurchschnitte -



*Arbeitsunfähig Kranke je 100 Mitglieder

Die Tendenz der Abnahme des Krankenstandes tritt uns auch in den absoluten Werten entgegen (Bild 5), und zwar sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten. Bei den Arbeitern findet der Umbruch bereits zwei Jahre früher statt als bei den Angestellten. Der Gesetzgebung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall, insbesondere aber der Novelle von 1961, kann somit unter diesen Umständen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine nachteilige Einwirkung auf die Entwicklung des Krankenstandes mehr nachgesagt werden.

Die 57 landesunmittelbaren Pflichtkrankenkassen Schleswig-Holsteins setzen sich aus 23 Orts-, 12 Land-, 14 Betriebs- und 8 Innungskrankenkassen zusammen; ihr Mitgliederbestand betrug am 1.12.1964 614 000, 56 000, 25 000 und 45 000, zusammen rund 740 000. Jeder Krankenstand aller Mitglieder der vier Kassenarten hat eine andere Höhe, deren Rang, wie die Tabelle zeigt, in allen Jahren beibe-

Der Krankenstand aller Mitglieder im Jahresdurchschnitt nach Kassenarten

	1961	1962	1963	1964
männlich				
Ortskrankenkassen	4,59	4,53	4,31	3,94
Landkrankenkassen	2,21	2,47	2,26	2,03
Betriebskrankenkassen	5,46	5,48	5,47	4,94
Innungskrankenkassen	3,71	3,72	3,35	3,02
weiblich				
Ortskrankenkassen	3,99	4,05	4,04	3,76
Landkrankenkassen	1,53	1,59	1,62	1,52
Betriebskrankenkassen	5,22	5,46	5,71	4,76
Innungskrankenkassen	2,72	2,84	2,54	2,56

halten bleibt. Am höchsten ist der Krankenstand der Betriebskrankenkassen, und zwar bei den männlichen wie auch bei den weiblichen Mitgliedern. Die zweite Stelle nimmt der Krankenstand der Ortskrankenkassen ein, der wiederum beträchtlich über dem der Innungskrankenkassen liegt. Den niedrigsten Krankenstand haben die Versicherten der Landkrankenkassen. Im allgemeinen erreichte die Zahl der Krankmeldungen bei den Frauen nicht die der Männer, lediglich 1963 lag bei den Betriebskrankenkassen der Krankenstand der weiblichen Mitglieder über dem der Männer.

Die nach Geschlechtern getrennten Kurven des Krankenstandes in Bild 5 zeigen, daß seit 1954 die weiblichen Angestellten weniger krankgemeldet waren als die männlichen, während die Arbeiterinnen in vielen Jahren des Beobachtungszeitraumes einen höheren Krankenstand aufwiesen als die Männer. Hierbei ist zu bedenken, daß die Frauen einen Grund zur Arbeitsunfähigkeit den Männern voraushaben: das Kinderkriegen. Bei den geltenden Mutterschutzbestimmungen wirkt sich diese Arbeitsunfähigkeit auf mindestens drei Monatsergebnisse aus.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Soziale Krankenversicherung 1960 und 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 354 (November)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

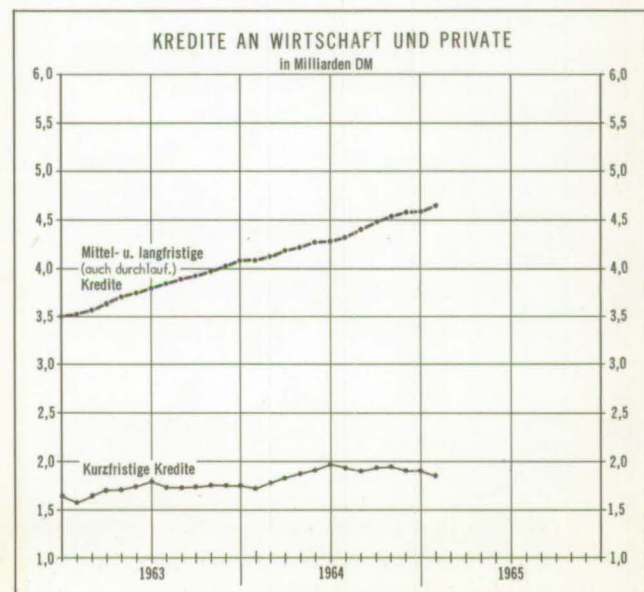
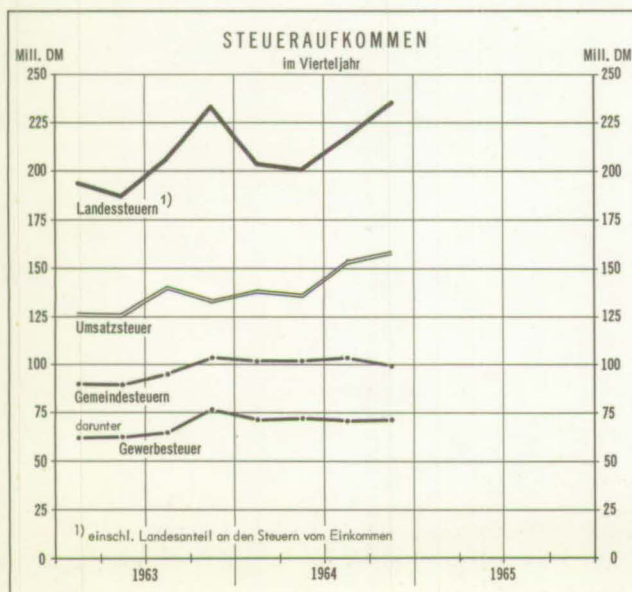
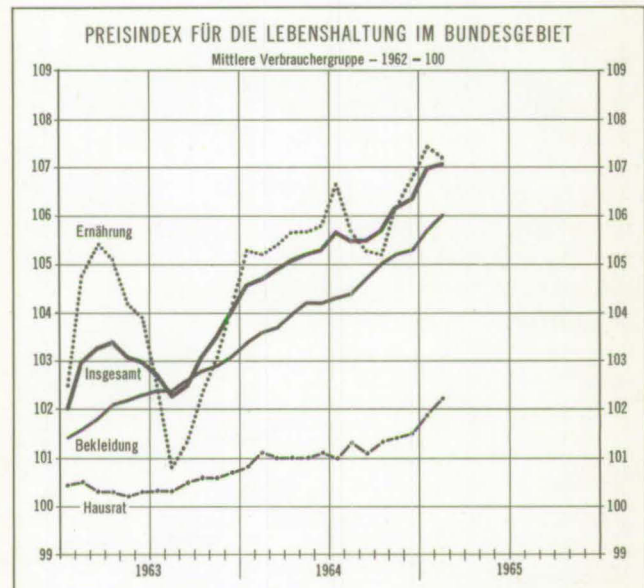
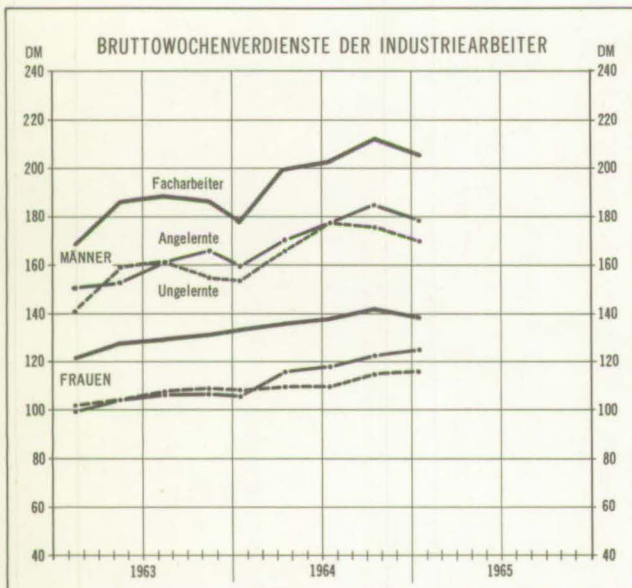
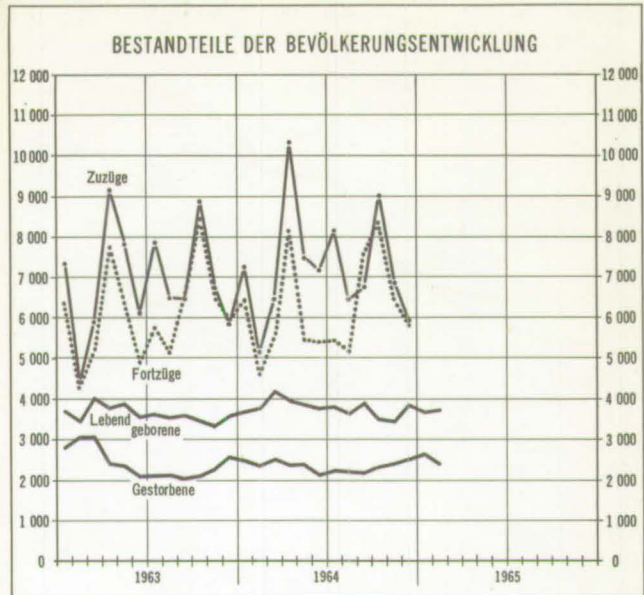
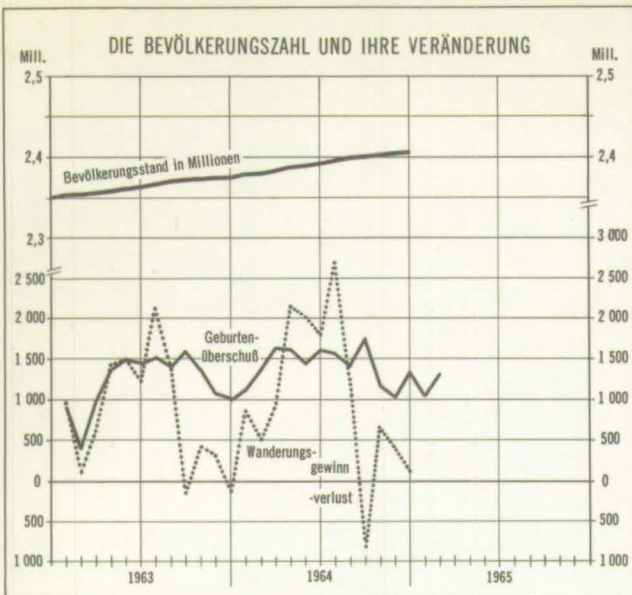
... = Zahlenwert noch nicht bekannt

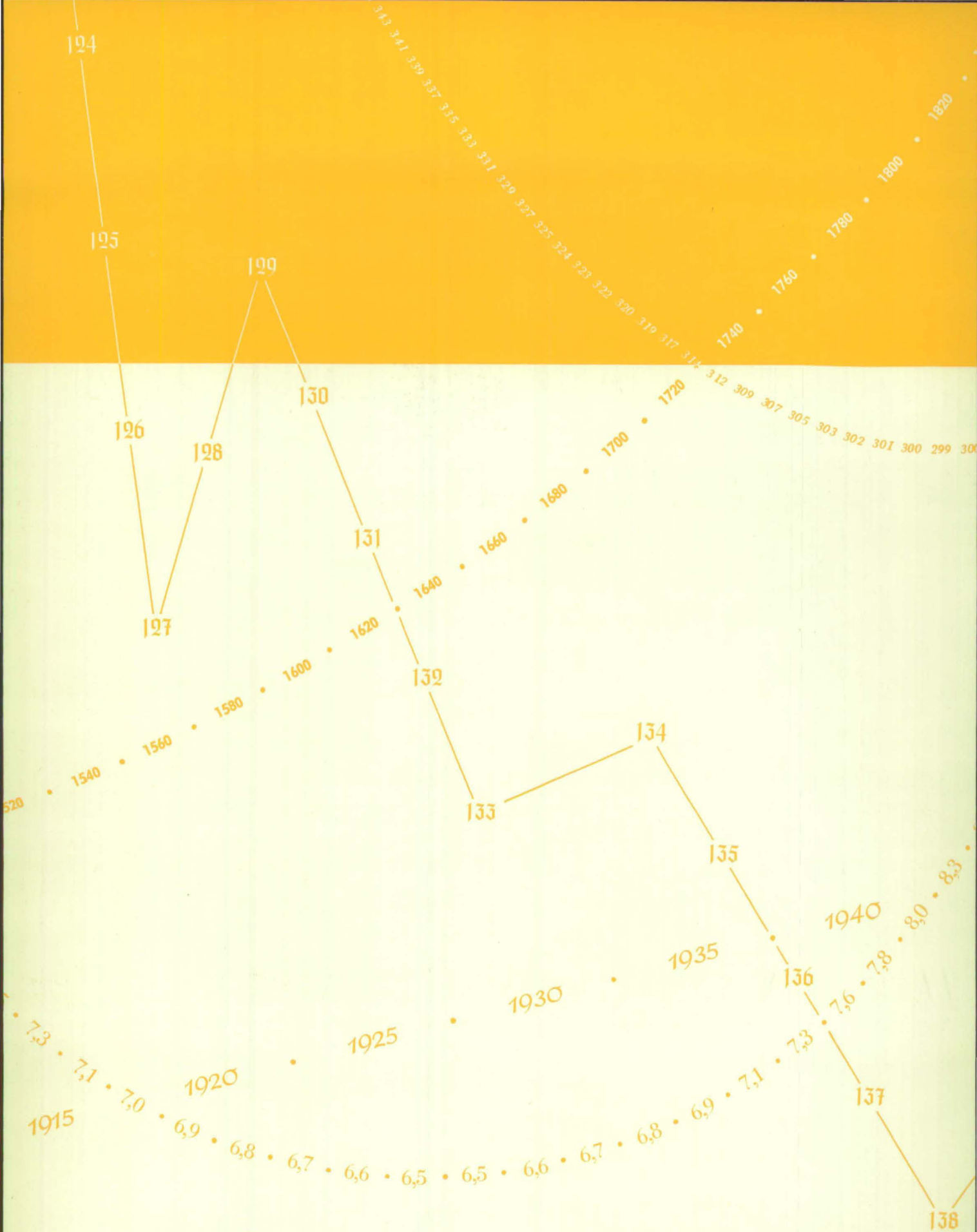
Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gesundheitswesen	
Sterbefälle und Todesursachen	1/5
Unterricht, Bildung und Kultur	
Schülerbewegung in den Volksschulen	4/76
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	
Straffälligkeit 1963	3/54
Erwerbstätigkeit	
Erwerbspersonen am Arbeitsort	2/45
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Mechanisierung Landwirtschaft	1/11
Milcherzeugung und -verwendung	4/78
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1964	2/35
Handel und Gastgewerbe	
Ausfuhr 1962 und 1963	1/18
Fremdenverkehr 1963 und 1964	2/41
Verkehr	
Güterverkehr Wasser 1963	4/86
Öffentliche Finanzen	
Einkommen, Veranlagte - 1961	2/31
Einkünfte der freien Berufe	4/90
Kraftfahrzeugsteuer 1964	1/4
Landeshaushalt 1965	3/51
Preise	
Baulandmarkt	3/58
Landwirtschaftliche (r) Betriebsmittel, Preise	4/94
Speisen und Getränke, Preise für -	1/21
Löhne und Gehälter	
Personalstruktur Gewerbe	3/66
Vermögensbildung der Arbeitnehmer	2/48
Sozialprodukt	
Bruttoinlandsprodukt der Kreise	2/28

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen